




16. Heft | 13. August 1914

LUDWIG QUESSEL · DAS SCHICKSAL UNSERES VOLKES

 O hat sich denn blitzschnell, in atemberaubender Hast, vollzogen, was der sorgende Blick des Politikers für eine entferntere Zeit voraussah. Unter dem unmittelbaren Eindruck der Bluttat von Sarajewo schrieb ich vor 4 Wochen in dieser Zeitschrift, daß die größte Gefahr dem Frieden Europas von der großserbischen Propaganda drohe. Niemand konnte damals freilich wissen, daß hinter den serbischen Irredentisten, die in Sarajewo den mächtigsten Vertreter der irredentistischen Idee meuchlings niedergeschmettert hatten, nicht nur das Königreich Serbien, sondern auch das Zarenreich stand. Diese furchtbare Gefahr wurde der Öffentlichkeit erst durch die Denkschriften, mit denen die Donaumonarchie ihr Ultimatum an Serbien begleitete, in ihrer ganzen Größe enthüllt. Erst dann erfuhren wir, daß die Verschwörer von Sarajewo ihre Bomben und Browningpistolen von hohen serbischen Militärs und Staatsbeamten bekommen, daß sie aus der Kasse der Narodna Odbrana das Geld zur Ausführung ihrer verbrecherischen Absichten erhalten, und daß serbische Grenzorgane sie und die Munition zu ihrem Verbrechen sicher über die bosnische Grenze gebracht hatten. Was der Major Tankositsch und der Eisenbahnbeamte Ciganowitsch zur Unterstützung der mörderischen Absichten der Princip, Cabrinowitsch und Grabez taten, geschah unter den Augen der Belgrader Behörde, die nichts sah, weil sie nichts sehen wollte.

Wie Rußland zu der großserbischen Verschwörung stand, deren Opfer das Kronprinzenpaar wurde, zeigte sich in entsetzlicher Klarheit in den Tagen nach der Veröffentlichung der serbischen Antwortnote, die ganz den Geist der russischen Balkandiplomatie atmet, deren verbrecherisches Treiben in dem Königsberger Hochverratsprozeß von russischen Parteigenossen aufgedeckt wurde. Die halben Zugeständnisse der serbischen Regierung, die die Unterdrückung der irredentistischen Bewegung betrafen, waren in so zweideutiger Form abgegeben, daß es wirklich nicht schwer war den russischen Stilisten zu erkennen. Vor allem kam es Rußland darauf an die Fäden, die die serbische Irredenta mit dem moskowitzischen Panlawismus verknüpfen, nicht bloßlegen zu lassen. Um das zu verhindern, scheute man selbst vor den ärgsten Unwahrhaftigkeiten nicht zurück. Und als man die unerschütterliche Überzeugung der Wiener Regierung erkannt hatte, daß die Donaumonarchie den wilden Attacken der serbischen Irredenta nicht lange werde widerstehen können, und daß, so oder so, eine Entscheidung herbeigeführt werden müsse, da fiel in Petersburg bei der Wahl zwischen Preisgabe der

serbischen Irredenta und der Entzündung eines Weltbrands die Entscheidung zugunsten des letzten Schrecklichen.

In diesen schweren Tagen, da fast ganz Europa in Flammen steht, erhebt sich die Frage, ob Deutschland nicht vielleicht besser getan hätte das Habsburgische Kaiserreich seinem Schicksal zu überlassen. Die Frage aufwerfen, heißt sie verneinen. Europa gleicht einem gewaltigen Gebäude, dessen einzelne Stockwerke und Abteilungen von den einzelnen Nationen bewohnt werden. Es wäre unsinnig zu glauben, man könne aus diesem vielgestaltigen Bau eine Mauer herausreißen, ohne die Sicherheit des ganzen Gebäudes zu gefährden. Ohne Freunde im Westen und Osten, gegen das eng miteinander verbundene Rußland und Frankreich ganz auf den einen Bundesgenossen angewiesen, konnte Deutschland diesen nicht ruhig der gewaltigen Vernichtung entgegentreiben sehen. Oder glaubt man, daß Frankreich und Rußland nach der Unterminierung des Habsburgischen Kaiserreichs durch die aus staatlichen Mitteln gespeiste Irredenta Serbiens das industriegewaltige Deutschland mit seiner mächtig anwachsenden Bevölkerung unangetastet gelassen hätte? Wer so kalkuliert, kennt die Pläne der moskowitzischen Panslawisten und der französischen Imperialisten nicht. Man lese die Geschichtswerke der modernen französischen Historiker, und man erfährt dort, wie im Herzen eines jeden französischen Imperialisten tief die Sehnsucht verankert ist das imposante Bauwerk des ersten Napoléonischen Kaiserreichs wieder in alter Herrlichkeit aufzurichten. Lothringen und Elsaß französischer Besitz, das linke Rheinufer französisch, die südwestlichen Staaten zu einem modernen Rheinbund vereinigt, der nichts weiter sein darf als ein französisches Protektorat, das sind die Ideen der Männer, die die Republik dem Zarenreich untertan gemacht haben. Was der französische Imperialismus nur leise und abgetönt ausspricht, das dröhnt der moskowitzische Panslawismus durch alle Gassen. Daß alle preußischen Gebiete, die slawische Bevölkerung aufweisen, von Rechts wegen dem großen Slawenreich der Zukunft gehören, das sich vom Stillen Ozean bis weit über die Mündung der Weichsel hinaus erstrecken soll, das hält man in Petersburg für eine schlichte Selbstverständlichkeit. Was zwischen dem geplanten französischen Protektorat über das westliche Deutschland, wie es der Pariser Imperialismus verlangt, und dem sich über die Weichselmündung erstreckenden Slawenreich im Osten vom heutigen Deutschland noch übrig bleiben würde, wären neben den Überresten Preußens noch einige Kleinstaaten, die nur noch als russische Vasallenstaaten weiterleben könnten.

Ein furchtbares Schicksal droht der Nation. Von Ost, West und Nord stürmen die Feinde heran sie niederzuwerfen. Das Volk, das im Reich des Geistes die herrlichsten Bauwerke errichtet, dessen gewaltige sittliche Kraft den modernen Sozialismus geboren, soll jetzt die Beute von Völkern werden, deren Anlagen und Begabungen nirgendwo begeistertere Anerkennung fanden als gerade auf deutscher Seite. Was die Feinde Deutschlands planen, ist eine Versündigung an der Kultur und der Menschheit überhaupt, die nimmermehr so hoch hätte steigen können, wenn deutsche Geistesarbeit ihr nicht mit den Weg empor gebahnt hätte. Die Zukunft der Menschheit ist der Sozialismus, sein mächtigster Träger das deutsche Volk. Wer dieses Volk niederwerfen und für alle Zeiten ohnmächtig machen will, trachtet danach alle menschlichen Zukunftshoffnungen zu vernichten.

ausführlichen Berichte über die Vorgänge in den Parlamenten der mit Deutschland in Krieg liegenden Mächte entbehren. Indes weiß man über die treibenden Kräfte der Politik der beteiligten Staaten heute genug, um die Rolle desjenigen von ihnen feststellen zu können, dessen Leiter vor allem diesen unerhörten Krieg auf dem Gewissen haben: Rußlands. Mit dem erwähnten Vorbehalt darf es ausgesprochen werden und muß es daher auch ausgesprochen werden: Europa würde diesen Krieg nicht haben, wenn nicht die in der Leitung des Zarenreichs heute maßgebenden Elemente ihn gewollt hätten. Auf die Urheber der durch nichts herausgeforderten Mobilisierung der russischen Armee fällt die Hauptverantwortung an diesem Krieg. Untersuchen wir die Tatsachen.

Den unmittelbaren Anlaß zu seiner Mobilisierung fand Rußland in den Schritten Österreichs gegen Serbien aus Anlaß der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin. Diese Schritte sind anfangs auch in sozialdemokratischen Kreisen scharf verurteilt worden. Man hat aber dabei über der formalen Seite die materielle zu wenig in Betracht gezogen. Materiell stehen die Dinge doch so, daß Serbien seit Jahren das Zentrum einer auf Losreißung der südslawischen Landesteile Österreich-Ungarns aus dem Verband dieses Reiches gerichteten wohlorganisierten Verbindung ist. Eine Verbindung, deren großserbische Bestrebungen unter dem Gesichtspunkt des Nationalitätsprinzips hier nicht näher untersucht zu werden brauchen (ich unterschreibe da grundsätzlich durchaus, was Ludwig Quessel neulich hierzu gesagt hat¹⁾), die aber jedenfalls für Österreich-Ungarn eine um so größere Gefahr wurde, mit je größeren Erfolgen sie auf die Gemüter der südslawischen Bevölkerung Österreichs einwirken konnte. Dies sowie den allgemeinen Kulturzustand der Balkanvölker und die ihnen entsprechenden Rechtsbegriffe muß in Betracht ziehen, wer die Forderungen richtig beurteilen will, die Österreich-Ungarn nach der Ermordung des Thronfolgers und seiner Frau durch großserbische Verschwörer an Serbien richtete. Mochten sie vielleicht brutal klingen: sie waren für Österreich-Ungarn vom Zwang der Selbsterhaltung diktiert. Diejenigen, die über das Vorgehen Österreichs ein großes Geschrei erhoben haben, seien auf den Vergleich hingewiesen, den ein Engländer, der Redakteur des Economist, Francis W. Hirst, im Daily Chronicle vom 29. Juli seinen Landsleuten vor Augen geführt hat:

»Wenn die Afghanen versucht hätten auf Kosten Indiens ein Großafghanistan zu errichten und einen Prinzen und eine Prinzessin von Wales in den Straßen von Peschawar ermordet hätten, sicherlich hätte dann die Stimme der britischen Nation einen Marsch auf Kandahar verlangt, und ich weiß ganz genau, daß Österreich keinen Protest dagegen erhoben hätte.«

Österreich hat seinen Schritt unter dem Gebot der Notwendigkeit getan. Die Antwort Serbiens auf die Note war dagegen nur ein scheinbares Nachgeben. Das mußten selbst ausländische Blätter anerkennen, die jeder besonders Vorliebe für Österreich unverdächtig sind. So schrieb das oben genannte Daily Chronicle noch am 28. Juli:

»Das österreichisch-ungarische Rundschreiben führt in seiner Kritik der serbischen Note vom vorigen Sonnabend nicht mit Unrecht aus, daß Serbien den Schatten bewilligt und die Substanz verweigert hat.«

Woher aber nahm die serbische Regierung den Mut zu ihrer Antwort? So sehr

¹⁾ Siehe Quessel Serbia irredenta, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 899 ff.

den Serben nach ihren wohlfeilen Siegen über die Türkei und Bulgarien der Kamm geschwollen war, würden sie sich gehütet haben einen Krieg mit Österreich heraufzubeschwören, wenn sie nicht von vornherein Rußland hinter sich gewußt hätten. Serbien ist seit langem Rußlands getreuester Satrap oder, wie man es auch ausgedrückt hat, Sturmbock auf dem Balkan. Seine Feldzüge führt es mit vorher erlangter Genehmigung, wenn nicht auf Anstiftung von Petersburg. Unterliegt es, so tritt Rußland auf den Plan und verhindert den Sieger ihm die Nägel zu beschneiden. So war es 1876-1877 nach dem serbisch-türkischen Krieg und 1895 nach dem serbisch-bulgarischen Krieg. Der Gedanke, daß sie im Notfall stets Rußland hinter sich hat, stützt die ganze großserbische Agitation.

Sehr drastisch tritt dies in einem Gespräch mit einem Serben zutage, das noch in den allerletzten Tagen, am 29. Juli dieses Jahres, das Tageblatt der englischen Arbeiterpartei, der Londoner Daily Citizen, veröffentlicht hat. Tödlicher Haß gegen Österreich, maßlose nationale Überhebung und blinder Glaube an Rußland als dem Helfer der serbischen Aspirationen sind die Grundnoten der Äußerungen des Serben. Mit Bezug auf die Einverleibung Bosniens und der Herzegowina in den österreichischen Reichsverband, die doch nur eine Angelegenheit zwischen Österreich und der Türkei und nicht zwischen Österreich und Serbien war, heißt es da:

»Was ich Ihnen sage, ist das: Damals war Rußland nicht fertig, obwohl es bei dieser unerträglichen Unterdrückung durch Österreich auf seiten Serbiens stand. Rußland hält stets den Balkanvölkern die Stange. Jetzt aber ist Rußland fertig, mit Frankreich als Finanzmacht zur Seite, und glauben Sie, daß es sich durch sechs Deutschlands einschüchtern läßt? Ich sage Ihnen, daß es das nicht tut.«

An anderer Stelle renommiert der Serbe, den man nach der Beschreibung, die der Mitarbeiter des Daily Citizen von dessen Kleidung gibt, kaum weit von der Londoner serbischen Gesandtschaft zu suchen hat:

»Wissen Sie, als wir unsern zweiten Krieg beendet hatten, da sind diese Leute, die serbischen Soldaten, mit einer zweiten Reihe von Wunden und Narben vor den König gezogen und haben ihm gesagt: Laß uns unser Werk zu Ende führen und dies Österreich weglegen. Ich sage Ihnen, Europa wird keinen dauernden Frieden haben, bevor diese weibische Schlange von einem Land, diese Hydra getötet ist.«

Einen ähnlichen Ausklang hat ein im vorigen Winter geschriebener Aufsatz eines Dänen über Serbien, den ein Mitarbeiter der Frankfurter Zeitung dieser als objektive Schilderung des Serbien beherrschenden Geistes übersandt hat. Der den Serben sympathisch gegenüberstehende Verfasser schreibt bedauernd, daß der Blick der Serben in staatlicher wie in privater Hinsicht »wenig nach innen gekehrt« sei, man lebe, als befände man sich beständig auf dem »Kriegsfuß«. Diese Beobachtung bestätigt dem Dänen ein Belgrader Publizist; er sagt zum Schluß:

»Der Bulgarenhaß ist ein Bruderhaß, der sich in Liebe verwandeln kann. . . Unser Blick ist über die Save hin gerichtet. Aber diese Rechnung müssen wir ein andermal begleichen.«



S kann sich natürlich nicht darum handeln über diese Stimmung der Serben etwa zu moralisieren. Eine geschichtliche Untersuchung würde vielleicht sogar manche Entschuldigung für sie liefern. Von Wert für die politische Betrachtung sind die vorstehenden Schilderungen aber deshalb, weil sie ungewollt Zeugnis dafür ablegen, wie irrig es war für den Konflikt zwischen Serbien und

Österreich dem »Machtkitzel Österreichs« die Verantwortung zuzuschieben. Die Verantwortung war ganz anderswo zu suchen.

In Petersburg war man genau darüber unterrichtet, wie Serbien die ganze Zeit über zu Österreich stand und sich verhielt. Rußland wird nicht von einer demokratischen Regierung geleitet, der Gewaltmaßnahmen gegen eine politische Verbindung grundsätzlich widerstreben. Die russische Regierung würde vielmehr unter gegebenen Verhältnissen noch schärfere Forderungen stellen als Österreich sie Serbien gegenüber erhoben hat. Wenn sie trotzdem sich in dieser Sache mit Serbien geradezu identifiziert hat, so ist das keineswegs mit den offiziellen Freundschaftsbeziehungen Rußlands zu diesem Staat und den geschichtlichen Sympathieen genügend begründet, die in Rußland den Serben gegenüber obwalten, und die niemand weniger mißachten wird, als der Schreiber dieses. Jene Sympathieen konnten eine Vermittlungsaktion rechtfertigen, die darauf abzielte Serbien vor den unvermeidlichen Folgen eines Krieges mit Österreich zu bewahren. Sie genügen aber in keiner Weise zur Begründung dafür, daß Rußland gegen Österreich und dann auch gegen Deutschland mobil machte, ehe noch die Spur eines Beweises vorlag, daß die Vermittlungsaktion zu scheitern drohte, als im Gegenteil Deutschland neue Schritte zugunsten dieser Aktion in Wien unternommen und dies der russischen Regierung angezeigt hatte. Die Mobilmachung konnte unter den gegebenen Verhältnissen vielmehr, soweit Serbien in Betracht kam, von dessen Regierung nur als Beweis aufgefaßt werden, daß Rußland eine ernsthafte Beeinträchtigung der großserbischen Agitationen nicht zulassen werde.

Einen Einblick darin, wie sehr es am Willen Rußlands lag, daß jene Aktionen nicht einschlafen wollten, gewähren die Urkunden über den zweiten Balkankrieg, die im April dieses Jahres der Serbe Gregor Jakschitsch in der in Paris erscheinenden Revue Politique Internationale, in polemischer Absicht gegen einen Verteidiger der Bulgaren, veröffentlicht hat. Aufs deutlichste zeigen diese, dem russischen Rotbuch entnommenen Urkunden, wie gehorsam die Serben Winken aus Petersburg gehorchen, und wie wenig Anstand man in Petersburg nimmt den Balkanslawen Befehle zugehen zu lassen, wo dies dem Petersburger Kabinett in den Kram paßt.

Nach Beendigung des ersten Balkankrieges entstand bekanntlich unter den Siegern großer Streit über die Verteilung der den Türken abgenommenen Gebiete. Insbesondere verlangten die Serben mehr Gebiet als für sie in dem vor Beginn des Kriegs mit Bulgarien, Griechenland und Montenegro geschlossenen und von Petersburg gutgeheißenen Geheimvertrag ausbedungen war, und zwar Gebiete, die überwiegend von Bulgaren bewohnt waren. Der Streit wurde nach Petersburg rapportiert, ein lebhafter Depeschenwechsel entstand, und am 30. Mai 1913 ließ der russische Minister Sasonow in einem Rundschreiben an die russischen Geschäftsträger die Regierungen der Balkanstaaten wissen, daß, falls sie sich nicht friedlich einigen könnten, der Streit in P e t e r s b u r g geschlichtet werden müsse. Es heißt in dem Rundschreiben:

»Im Fall, daß diese Zusammenkünfte der Vertreter der Balkanstaaten nicht zu direkten Abmachungen führen sollten, wird Rußland, das keinen Konflikt mit den Waffen erlaubt, und die Verantwortung der Partei zuschiebt, die sich den Mitteln friedlicher Verständigung widersetzt, die Ministerpräsidenten

Bulgariens, Serbiens und Griechenlands einladen nach Petersburg zu kommen, um mit Rußland als Vermittler die allgemeinen Grundlinien zu vereinbaren, die geeignet wären den Frieden wiederherzustellen und den Bund der Balkanvölker zu befestigen.«

Da Serbien bei der Sache nur zu gewinnen hatte, ging selbstverständlich seine Regierung sofort auf den Vorschlag ein. Ebenso verständlich ist es, daß Bulgarien, für das das Umgekehrte der Fall war, sich zunächst gegen ihn sperrte und dann mit der Forderung herauskam, den Vermittlungsverhandlungen solle der vorerwähnte Vertrag zugrunde gelegt werden. Das ist ihm aber schlecht bekommen. Am 24. Juni 1913 wurde dem Minister Danew vom russischen Geschäftsträger Nechljudow eröffnet, daß Rußland eine Vermittlung auf Grund von Bedingungen für »unrealisierbar« erachte. Unrat witternd, noch berauscht von seinen Siegen, wagt es Bulgarien ein Ultimatum zu stellen. Da läuft am 25. Juni 1913 sofort von Sasonow die Depesche an Nechljudow in Sofia ein:

»Ich habe dem bulgarischen Gesandten eröffnet, daß Bulgariens Schritt als Verrat der slawischen Sache und vollständige Mißachtung unserer wohlwollenden Einladung erscheint. Ich habe hinzugefügt, daß es mir vollkommen klar sei, daß Bulgarien unter dem Einfluß gewisser ausländischer Zuflüsterungen handelt, die ihm Hoffnungen machen, welche sich in bittere Enttäuschungen verwandeln könnten.«

Und am 27. Juni 1913 berichtet Nechljudow aus Sofia, er habe den Minister Danew auf die von Rumänien drohende Gefahr hingewiesen, und fügt hinzu: »Ich habe ihn gleichzeitig benachrichtigt, daß im Fall eines Waffengangs zwischen Bulgarien, Serbien und Griechenland wir, wenn uns auch das Unheil Bulgariens leid tun würde, keinen Finger rühren würden, um Rumänien zurückzuhalten.« Kurz, Rußland will von den Balkanstaaten als ihr Vormund betrachtet werden. Wer sich diesem Anspruch unterwirft, dem leuchtet seine Gnadensonne, wer es wagt Bedingungen zu stellen, wird als »Verräter an der slawischen Sache« preisgegeben. Man beachte den Ausdruck slawische Sache im Mund des obersten russischen Staatsmannes. Der Panlawismus bekommt hier eine sehr greifbare Gestalt. Sprachlich und ethnologisch steht der Russe den Serben, Bulgaren usw. nicht näher als der Deutsche den Skandinaviern, den Holländern, den Flämen. Auf Grund der Bluts- und Sprachverwandtschaft ist seine Einmischung in die Streitfragen zwischen den Bulgaren und Serben nicht besser zu begründen als etwa ein Anspruch Deutschlands auf Einmischung in einen Streit zwischen Schweden und Norwegern. Die Einmischung Außenstehender bei einem Streit, der in einen Krieg auszuarten droht, ist selbstverständlich keine verwerfliche Sache. Im Gegenteil wird die Sozialdemokratie als Vertreterin des Gedankens der Solidarität der Völker in solchen Fällen den Grundsatz der Einmischung stets betonen. Aber die Einmischung steht dem Verband der Nationen ohne Unterschied der Sprachverwandtschaft zu, hat als Sache der Kulturwelt und nicht als »slawische Sache« zu geschehen. Hinter dem Ausdruck slawische Sache stecken Machtansprüche Rußlands, die die Sozialdemokratie nun und nimmer anerkennen kann.

Und im Sinn dieser Machtansprüche hat Rußland jetzt sein Schwert für die großserbische Verschwörung in die Wagschale geworfen. Nicht mehr als Befreier wie vor Jahren, sondern als Helfer eines nach Machterweiterung lüsternen Staates, der den Balkan nicht zu einem wahren Frieden gelangen läßt. Das ist der wahre Charakter seiner Aktion. Das zarische Rußland.

das, um diese Rolle mit Erfolg zu spielen, gegen Österreich und Deutschland mobil machte, hat die Hauptschuld an dem gegenwärtigen Krieg auf sich geladen, ist sein wahrer Anstifter.

Im Ausland scheint man das auch in Kreisen nicht zu sehen, die Deutschland sonst durchaus freundlich gegenüberstehen. Man scheint da auf den Worten in dem Telegramm des Zaren Nikolaus vom 31. Juli an den deutschen Kaiser zu fußen, worin jener sagt, seine Truppen würden »keine herausfordernde Aktion« gegen Österreich unternehmen, solange die Verhandlungen über Serbien andauern. Jedoch im gleichen Moment, in dem der Zar diese Depesche absandte, erließ er den allgemeinen Mobilisationsbefehl. Die Mobilmachung wird aber im Verkehr der Staaten von jeher als eine herausfordernde Aktion betrachtet. Und dies mit Recht. Denn ein Verhandeln, bei dem man dem andern Teil die Faust vor die Stirne hält, ist keine friedliche Verhandlung. Hat man seine Truppen mobil gemacht und an die Grenze vorgeschoben, so kann man in jedem Augenblick die Verhandlungen abbrechen und die Truppen über die Grenze marschieren lassen. Die Mobilmachung ist eine Kriegsmaßregel, keine Friedensmaßregel. Hätte Rußland den Weltfrieden aufrechterhalten wollen, so dürfte es nicht die durch nichts für Rußlands Sicherheit und Ehre notwendig gewordene Mobilmachung verfügen. Daß es doch geschah, beweist, daß der Zar oder seine Regierung den Weltfrieden nicht wollte. Im Besitz genügender Zusicherungen der Leiter der französischen Republik und offenbar auch darüber beruhigt, daß England mit Frankreich gehen werde, hat Rußland die Schrecken eines Krieges über Europa heraufbeschworen, wie ihn in gleicher Ausdehnung die Neuzeit noch nicht gesehen, und der schon heute ungeheure Werte zerstört, Hunderttausende in ihrem Erwerb und Glück schwer geschädigt hat.



ASS Frankreich mit Rußland gehen werde, war leider zu erwarten, und auch die Stellungnahme Englands kommt nicht überraschend. Wohl hat die deutsch-englische Spannung in den letzten Jahren erheblich nachgelassen, und insbesondere der deutsche Kaiser genießt in England eine große Beliebtheit. Aber die Schritte hüben und drüben ein besseres Verhältnis zwischen beiden Staaten herbeizuführen haben nicht ausgereicht die weltpolitischen Folgen der früheren Reibungen auszumerzen. So sehr dies die Schwierigkeiten Deutschlands steigert, so wird man gut tun das dadurch geschaffene Verhältnis ausschließlich politisch zu betrachten und zu behandeln. Deutschland hat England, solange der Krieg andauert, zu bekämpfen, wo es dies nur immer kann, wie England Deutschland gegenüber das gleiche tun wird. Krieg ist Krieg, und wer an ihm als Partei teilnimmt, weiß, was er zu gewärtigen hat. Aber es ist weder würdig noch politisch klug sich in Schimpfereien auf das feindliche Volk zu ergeben. Der Krieg und die Kriegskonstellation sind Wechselfällen aller Art unterworfen, und selbst im Augenblick des schärfsten Kampfes soll man das Was nachher? nicht aus den Augen lassen. Die Leiter der deutschen Politik haben versucht durch bestimmte Zusicherungen England zur Neutralität zu bewegen, aber die für die auswärtige Politik Englands verantwortlichen Personen hatten schon früher andere Abmachungen getroffen. England wird die Folgen dieser Entscheidung zu tragen haben. Mit

dem ausgezeichneten Korrespondenten der Chemnitzer Volksstimme, der diesem Blatt schon am 30. Juli als ganz sicher schrieb, England werde mit Frankreich und Rußland gegen Deutschland und Österreich gehen, muß ich der Auffassung entgegnetreten, daß die deutsche Handelskonkurrenz diese Haltung bestimmt habe. Kein Krieg kann diese aus der Welt schaffen, ein für Deutschland ungünstiger Verlauf des Krieges müßte sie im Gegenteil in der Folge noch verschärfen. Im industriellen Norden Englands ist die Gegnerschaft gegen die Parteinahme des Kabinetts Asquith-Grey-Churchill in diesem Krieg viel stärker als in London und dem übrigen Süden Englands, wo der Rentier, der mittlere Geschäftsmann, der Beamte, der Handelsangestellte und gewisse Kategorien von Intellektuellen überwiegen.

Indes ist es jetzt nicht an der Zeit die Frage zu erörtern, welche Motive die englische Regierung zu ihrem in jedem Betracht verwerflichen Entschluß bestimmt haben. Jetzt handelt es sich nur darum, daß Deutschland mit Österreich im Bund gegen seine Widersacher Sieger bleibt. Dazu braucht es allerdings des Aufgebots aller Kräfte, über die die Nation verfügt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dies anerkannt und der Regierung die für die Kriegführung und die Pflege der Opfer des Kriegs erforderlichen Mittel bewilligt. Sie tat es aus reinem Pflichtgefühl für das Interesse des eigenen Volks, ohne den geringsten Anflug von Chauvinismus. Sie handelte damit auch im Geist des großen und edlen Franzosen, der zugleich der bedeutendste Patriot und der hingebendste Verfechter des Internationalismus im heutigen Frankreich war und als erstes Opfer dieses von Rußland entfachten Weltbrands gefallen ist. im Geist unseres unvergeßlichen, leider unersetzlichen Jean Jaurès



Am 31. Juli dieses Jahres haben die hinterrücks abgefeuerten Kugeln eines ihm auflauernden Mörders den Mann getötet, in dem die Franzosen ohne Unterschied der Partei ihren größten Redner seit Mirabeau bewunderten, der aber den genannten Tribun der französischen Revolution an Charakter und tiefer Geistesbildung weit überragte. Dieser Mord war mehr als die Vernichtung eines Menschenlebens. Der Mörder hat seine Tat mit dem Eintreten Jaurès' gegen die 3jährige Dienstzeit begründen wollen. Das ist aber ganz sicher eine falsche Angabe. Die Erregung über die Frage der Dienstzeit ist in Frankreich seit Monaten schon abgeflaut, nicht die Zeit des Dienstes unter den Fahnen stand jetzt auf der Tagesordnung für die Beratung der Deputiertenkammer. Wohl aber hatte Frankreich darüber sich schlüssig zu werden, ob es Rußland zuliebe mit Deutschland und Österreich anbinden solle oder nicht. Gegen das erste lehnten sich die Empfindungen der sozialistischen Arbeiterwelt Frankreichs auf und wirkte mit besonderer Energie ihr größter Agitator. Jean Jaurès. Noch sein Artikel am Tag vor seinem Tod legt davon Zeugnis ab. Am 30. Juli schrieb der nun Ermordete in der Humanité:

»Wenn es wahr ist, was man dem Temps von Petersburg telegraphiert, daß Österreich Rußland die Zusicherung gegeben hat, daß es Serbiens Integrität nicht antasten wird, so verbietet diese Zusicherung Rußland sich Hals über Kopf in den Konflikt zu stürzen.«

Jaurès hat in dem Streitfall Österreich-Serbien keineswegs für Österreich Partei ergriffen. Er, dem die Vorgänge in Serbien doch nicht ganz genau bekannt waren, hatte im Gegenteil Österreichs Vorgehen anfangs als zu weit-

gehend beurteilt. Aber wie alle aufrichtigen Verfechter des Friedens griff er die bezeichnete Erklärung Österreichs, für die sich auch Deutschland zu verbürgen erklärt hat, begierig als eine Handhabe auf den drohenden Krieg abzuwehren. Wenige Stunden, bevor die Kugeln des Mörders Villain ihn trafen, hatte Jaurès noch in eindringlicher Weise dem Minister Malvy und dem Unterstaatssekretär Abel Ferry die Notwendigkeit für Frankreich dargelegt auch einmal Rußland gegenüber eine energische Sprache zu führen, für das bei einem Krieg viel weniger auf dem Spiel stehe als für Frankreich, und es zum Einlenken zu bewegen, statt die Rolle des Vasallen Rußlands zu spielen. Seine Ausführungen hatten im Augenblick auf Abel Ferry so tiefen Eindruck gemacht, daß dieser sich zu der Bemerkung hinreißen ließ: »Wie sehr bedaure ich, Herr Jaurès, daß Sie nicht in unserer [der Minister] Mitte sitzen, um uns mit Ihrem Rat beizustehen.«

Wer hatte ein Interesse daran den Mann, der solches den Franzosen klarzumachen versuchte, aus der Welt zu schaffen? Wem konnte daran gelegen sein, daß, wenn die Frage »Krieg oder Frieden?« in der französischen Kammer zu entscheiden war, die machtvolle Stimme dieses Mannes, auf dessen Worte ganz Europa zu lauschen pflegte, nicht mehr ertönte? Die Frage stellen, heißt sie beantworten. Jean Jaurès war dem offiziellen Rußland und dessen Dienern im Weg, und so spricht die allergrößte Wahrscheinlichkeit dafür, daß sein Mörder von Agenten Rußlands, wenn nicht direkt gedungen, so mindestens angestiftet war. Jaurès wäre ja nicht der erste Politiker, den Rußlands Regierer noch in unserm Zeitalter durch Mörder aus der Welt schaffen ließen. Man erinnere sich der Ermordung des bulgarischen Staatsmannes Stambulow und der ganzen Treibereien des Generals Kaulbars in Bulgarien, in deren Mittelpunkt dieser Mord stand. Ein Wiederabdruck der damals von bulgarischer Seite über dieses Treiben veröffentlichten Akten würde zeigen, daß keine überhitzte Phantasie nötig ist, um in der Ermordung Jaurès' eine gewollte Folge russischer Umtriebe zu erblicken.

Die Sozialdemokratie der Welt ist ihres größten Vertreters, Frankreich und mit ihm Europa eines seiner edelsten Staatsmänner beraubt. Ich gebrauche mit Vorbedacht den Ausdruck Staatsmann, denn Jaurès vereinte mit der Eigenschaft eines Redners von unvergleichlicher Kraft und eines Schriftstellers, der Tiefe der Auffassung mit wunderbarer Klarheit verband, alle geistigen Tugenden, die den wahren Staatsmann, und zwar den demokratischen Staatsmann ausmachen: bedeutende Geschichtskennntnis, Weite des Blicks, Großherzigkeit der Gesinnung, Umsicht im Handeln und Raschheit in der Erfassung der Aufgaben einer politischen Situation. Unzählige Male hat er diese Eigenschaften in glänzender Weise bewährt, in der großen wie in der kleinen Politik, im Leben der Partei wie in den Angelegenheiten der Republik, in der Internationale wie im eigenen Vaterland. In ihm glühten die Leidenschaft des echten Volksmannes für soziale Gerechtigkeit, die Wahrheitsliebe des geschulten Philosophen und der Wissensdrang des vielseitigen Gelehrten. Er war eine durchaus enzyklopädische Natur. In den Pausen der parlamentarischen Kämpfe und der vielen Agitationsversammlungen, die er zu führen hatte, beschäftigten ihn immer wieder Studien aller Art. Alle wichtigen Erscheinungen der Weltliteratur fesselten ihn. Jedesmal fast, wenn ich mit ihm zusammentraf, überraschte er mich durch Kenntniss von

pathie mit dem angeblich unterdrückten Serbien geäußert, so brachte das Eintreten Rußlands eine völlige Wendung zustande. Nun sah auch unsere, in allen auswärtigen Dingen wenig bewanderte und unbeholfene Presse klar, daß sie sich bisher durch Formales hatte bestimmen lassen die eigentlich treibenden Kräfte zu übersehen. Man erkannte, daß die prinzipielle Gegnerschaft der deutschen Sozialdemokratie gegen die deutsche Regierung von dem uns feindlichen Ausland benutzt werden sollte, um die Stellung Österreich-Ungarns und des mit ihm verbündeten Deutschen Reichs zu schwächen, ja dieses in seiner Existenz zu bedrohen. Die Stimmungsmache gegen Deutschland, die seit Jahren betrieben worden war und auch in der sozialistischen Internationale hier und da Gläubige gefunden hatte, wurde als solche entlarvt.

Voran ging die Wiener Arbeiterzeitung, die in der Stunde der Gefahr ihre jahrelange Polemik gegen die Balkanpolitik der österreichisch-ungarischen Regierung radikal beiseite schob und das gemeindeutsche Interesse in einer Weise zu dem Interesse der Sozialdemokratie machte, die als Vorbild wirken mußte. Von reichsdeutschen Blättern folgten ihr bald die Münchener Post und von dem Moment der russischen Mobilmachung gegen Deutschland an mit einem Schlag auch alle übrigen sozialdemokratischen Tageszeitungen von irgendwelcher Bedeutung. Es ist ohne Belang, daß nicht alle Blätter dabei die gleiche Schärfe der Erkenntnis, die gleiche Bestimmtheit und das gleiche Geschick zeigten. Die Gaben sind verschieden verteilt. Aber die Grundempfindung ist überall die gleiche: Jetzt geht es in einen Kampf um Sein oder Nichtsein des nationalen Lebens, der höchsten moralischen Einheit, die die Menschheit bis jetzt hervorgebracht hat, der gegenüber der individuelle wie der Geschlechtsegoismus, ja selbst das Klasseninteresse zu schweigen hat. Diejenigen innerhalb und außerhalb unserer Reihen, die früher die internationale Gesinnung der Sozialdemokratie gegen den Nationalismus ausgespielt hatten, erkannten jetzt gefühlsmäßig (was früher zu erkennen ihrem Intellekt nicht beschieden war), daß die Arbeit für die Menschheit selber nur durch die Nationen gehen kann, so daß die wahre Internationalität eben darin besteht, daß man der eigenen Nation freie Bahn schafft ihre Kräfte zu entfalten und sie befähigt die Aufgabe zu erfüllen, die ihr im ewigen Werden und Vergehen der Menschheitsgeschichte gestellt ist. Und die deutsche Nation ist wahrhaftig noch lange kein unnützes, rudimentäres Glied im Menschheitsorganismus. Wie vieles sie auch in ihrer ruhmvollen Vergangenheit an geistigen Werten der Welt gegeben hat, wie vieles sie auch in ihrer wunderbaren Fähigkeit der Aufnahme anderer Kulturen zur Neuschöpfung von eigenem Großen geleistet hat: sie hat noch lange nicht ihren Höhepunkt erreicht, auch waren ihre Kräfte zum Teil im Innern noch gebunden und konnten sich gar nicht auswirken. Sie hat der Menschheit (und unter diesem Ausdruck sei nicht die arithmetische Summe der Menschen verstanden, sondern das Menschliche selber, der Geist, dessen Ziele und Strebungen die Emanation des Höhern in uns darstellen und die Geschichte bilden) noch so vieles Große zu geben, daß der ein Verbrechen begeht, der ihr die Existenz erschweren, das Schaffen eingenen will. Der Krieg hat jetzt dieses Bewußtsein dunkel oder klar in allen Angehörigen der Nation hervorgeholt oder neu geschaffen. All das Gerede vom *Individualismus*, all das artistelnde Abweisen des Gemein-

schaftsgefühls und ihres konkreten Ausdrucks, der Politik, ist mit einem Schlag verschwunden. Das Gefühl der Teilhaftigkeit ist in allen Gliedern der Nation lebendig geworden. Und das Volk selbst tritt, nicht als das mechanisch Übergeordnete sondern als das organisch Handelnde, allein auf den Schauplatz.

Dieses große ethische Prinzip ist in allen Nationen lebendig, in dem Maß, wie sie selber Leben zu gestalten vermögen. Wir haben keinen Richter, der ihnen Recht oder Unrecht zuspricht. Nichts nimmt von der einzelnen Nation die Pflicht der Selbstverantwortung, mit ihr aber auch das Recht der Selbstbestimmung. Wir wollen in dieser großen Stunde auch nicht etwa in kleinlicher Weise moralisieren und den Manifestationen der anderen Nationen bewußte Täuschung vorwerfen. Wir wissen, daß es hier nicht so sehr auf die einzelnen Fakta ankommt, die den Anlaß gebildet haben, daß von einem höchsten Gesichtspunkt aus vielmehr nur die Sache derjenigen Nation gerecht ist, die unter dem eisernen Zwang eines Pflichtgebots handelt; daß daher das ganze Schema der völkerrechtlichen Regeln, der Streit darüber, von wem die Kriegserklärung ausging, und dergleichen nichtig ist und von der Geschichte als nichtig erkannt werden wird. Deutschland kann mit ruhigem Gewissen in den Kampf ziehen. Es wollte niemanden in seinem innerlich berechtigten Wirken stören, es kämpft nur um die Möglichkeit zu leben und zu geben. Auch hier stand die wahre Ethik gegen das kodifizierte Recht. Die Durchbrechung der international garantierten Neutralität Belgiens war eine Rechtsverletzung, aber moralisch gerechtfertigt, obgleich England dadurch einen Vorwand bekam, der es ihm gestattete die Durchführung seiner lange vorher bestimmten Pläne nun auch noch als Wahrung des Rechts hinzustellen.

Daß die deutsche Sozialdemokratie, deren Internationalismus von allen in der sozialistischen Internationale vereinigten Bruderparteien wohl am stärksten ausgebildet war, und die in der Internationale ein spezifisch deutsches Interesse zu vertreten bisher auch noch nie Gelegenheit gehabt hatte, jetzt mit solcher Schnelligkeit und Gewalt die Sache der deutschen Nation als die ihrige erkannte, ist neben dem positiven nationalen Gefühl (das in ihr schließlich doch stets geschlummert hatte und mehrfach auch, namentlich in ihrer Sorge um die freiheitlichere Ausgestaltung des Reichs und der Bundesstaaten selbst, wirksam gewesen war) vor allem auch dem Umstand zu danken, daß der Angreifer Rußland war. Man braucht sich hier noch gar nicht auf Marx und Engels zu berufen, um einen Krieg gegen Rußland zu rechtfertigen: jedem, auch dem dogmatisch völlig Verbildeten, war es sofort klar, daß der Kampf Deutschlands gegen Rußland zugleich ein Kampf der Menschenwürde gegen Menschenerniedrigung ist. Indem wir gegen Rußland gehen, bewahren wir nicht nur unsere eigene Freiheit sondern bringen diese Freiheit auch den von Rußland unterdrückten Fremdvölkern, ja dem russischen Volk selbst. Daß es gleichzeitig auch gegen Frankreich ging, war uns allen wohl ein Schmerz; denn die Berührungen der deutschen und der französischen Kultur sind zu nahe und zu vielfältig. Aber das unglückselige Bündnis mit Rußland, in das sich Frankreich durch seinen Revanchetraum verstrickt hatte, und das Weltmachtstreben seiner führenden Politiker, dem bei der sinkenden Bevölkerungszahl und Produktivkraft des Landes doch die innere Berechtigung fehlt,

hatten es zu einem Mitschuldigen von Unterdrückungsgelüsten gemacht. Hier durfte keine Sentimentalität mitsprechen, und Deutschland handelt auch im Interesse Frankreichs, wenn es ihm jetzt durch die Tat zeigt, wohin sein Weg es geführt hat.

Als aber dann England auch dem von beiden Seiten angegriffenen Deutschland den Kampf ansagte, da ist wohl vielen Deutschen und namentlich auch vielen Sozialdemokraten eine erste Auffassung der politischen Realitäten beigebracht worden. Dieses Land zieht keine innere Nötigung in den Krieg. Es hat nichts zu verteidigen, da niemand ihm etwas nehmen will. Aber seit Jahren arbeiten seine Regierenden darauf hin ihm nicht nur die erste Seegewalt zu erhalten (was bei der Lage und Gestaltung des britischen Weltreichs ihnen niemand verdenken wird), sondern ihm die alleinige Seegewalt wieder zu erringen und den Teil, den das aufstrebende Deutschland durch die Logik der Entwicklung selbst bekommen hatte, durch Gewalt zu zerstören. Nicht die Handelskonkurrenz, wohl aber das maritime Machtstreben hat die Politik Englands bestimmt. Jetzt glaubt es die Stunde gekommen, auf die es durch seine Ententenpolitik so lange und so zäh hingearbeitet hatte. Und indem es die Seegeltung Deutschlands zerstören will, hofft es, daß durch den Weltkrieg auch die Landmacht Deutschlands und Österreich-Ungarns, aber auch die der ihm verbündeten Staaten Frankreich und Rußland eine solche Erschütterung erfahren wird, daß die unbedingte Superiorität Großbritanniens in der Alten Welt sichergestellt ist. Jetzt werden vielleicht auch diejenigen unserer engeren Freunde, die vor Jahren den Sozialistischen Monatsheften sehr böse wurden, weil diese schon damals die eigentliche Tendenz der englischen Politik gekennzeichnet und eine deutsche Politik verlangt hatten, die deren Durchführung erschweren oder unmöglich machen sollte, einsehen, daß sie sich in der Beurteilung der englischen Absichten lediglich Illusionen hingegeben hatten. Wohl gab und gibt es auch in England große Schichten, die eine Annäherung an Deutschland lieber gesehen hätten als an den russischen Despotismus. Und namentlich die Führer der Arbeiterpartei haben als Sozialisten die Hetze gegen Deutschland stets verurteilt. Noch am 3. August sagte MacDonalld im englischen Unterhaus: »Ich bin davon überzeugt, daß die Regierung unrecht hat. Ihre Argumente sind unrecht, und ihre Handlungen sind unrecht. . . Warten Sie ab, die Geschichte wird es ausweisen.« Aber auf den eigentlichen Gang der Politik in England blieben diese Sympathieen stets ohne Einfluß. Auch der Gegensatz konservativ-liberal, dem man in Deutschland bei der Beurteilung der englischen Politik immer eine so große Bedeutung beigemessen hat, hat in Wahrheit in den auswärtigen Dingen dort gar nichts bedeutet. Und gerade eine liberale Regierung hat schließlich Deutschland den Krieg erklärt. Wir wollen gleichwohl jene deutschfreundlichere Unterströmung in England nicht aus den Augen verlieren. Bei einer Neuordnung aller Verhältnisse, wie sie der Ausgang des Krieges mit sich bringen wird, mag sie sehr wohl eine Bestimmung zu erfüllen haben. Einstweilen muß diese schlimme Erfahrung, die wir nach all den mit so viel Eifer betriebenen deutsch-englischen Verbrüderungsversuchen jetzt machen müssen, uns lehren, daß man die Dinge der Politik zu sehen, und nicht nach beliebig fixierten Theorien sich auszuklägeln oder nach Wünschen sich einzureden hat.

Es hat jetzt keinen Zweck sich in Betrachtungen der Vergangenheit zu ergehen oder darzulegen, wie es hätte anders kommen können. Jene Erinnerung geschah auch nicht in der Absicht einer nachträglichen Rekrimation sondern als Mahnung um den Zusammenhalt der Kräfte, der, in diesen schwersten Zeiten errungen, auch nach Beendigung des Krieges notwendig sein wird. Man wird dann ein neues Deutschland im Innern aufzubauen haben, bei dem die lebendige Volkseinheit das regulierende Prinzip sein muß. Die äußeren Schranken, die eine blinde Tradition auf der einen Seite, ein dogmatischer *Radikalismus* auf der andern aufgerichtet haben, und die eine richtige Verteilung der Volkskräfte zum Zweck der Auswirkung des Volksganzen erschwerten oder zum Teil unmöglich machten, sind gefallen. Der Kampf der Klassen wird freilich wieder aufgenommen werden, aber er wird dann zu fruchtbarer Entfaltung der Kräfte führen, nicht zu kleinlichen Streitereien, die alle Teile schwächen. Und dann wird die deutsche Arbeiterklasse innerhalb und zum Besten des Volksganzen dem Ideal, das uns am höchsten steht: dem Sozialismus, in positiver Weise näher kommen, wie sie schon bis jetzt unter tausend Schwierigkeiten in ihren wirtschaftlichen Organisationen sozialistisches Werden verkörpert hat.

In dem größten Krieg der Weltgeschichte, der jetzt begonnen hat, hat die deutsche Nation den Willen zum Sieg. Sie darf ihn haben, weil sie für eine innerlich gerechte Sache kämpft. Daher wird sie siegen.

XX

MAX SCHIPPEL · KRIEG, GEWERKSCHAFTEN UND GENOSSENSCHAFTEN



BWOHL es heute noch immer schwer ist auch nur von den aller-nächsten Wirkungen des Krieges auf die wirtschaftlichen Selbsthilfeorganisationen der Arbeiter sich ein einigermaßen zutreffendes Bild zu verschaffen, so wird der Versuch eines gedrängten Überblicks doch nicht unwillkommen sein.

Die erste Beobachtung gilt natürlich der Beurteilung des Krieges selber. Nachdem die politische Arbeiterpartei sich einmütig dafür ausgesprochen hat die gefährdeten deutschen Interessen ebenso mannhaft und opferwillig mit zu verfechten wie nur irgendwelche andere politische Schicht Deutschlands: ist etwa in Gewerkschafts- und Genossenschaftskreisen die geringste Gegenströmung gegen diese Haltung hervorgetreten? Wenn der politischen Partei die plötzlich heranrollenden Wellen unerwartet über dem Kopf zusammenschlugen, hat vielleicht die nachträgliche ruhigere Überlegung, die bis zu einem gewissen Grad den wirtschaftlichen Verbänden möglich war, Umwandlungen und Erschütterungen der ersten Auffassung herbeigeführt? Zum Beweis, wie einhellig die öffentliche Meinung auch nach dieser Seite geblieben ist, seien einige Organisationsstimmen angeführt.

In der Bergarbeiterzeitung vom 3. August heißt es:

»Nach unserer Überzeugung hat die deutsche Regierung sich im Verein mit der englischen Regierung und der von dem nun ermordeten Jean Jaurès geführten sozialistischen Partei Frankreichs große Mühe gegeben den Weltkriegsausbruch zu verhüten, den Krieg zwischen Österreich und Serbien zu lokalisieren. Aber in Petersburg wurden die von der zaristischen Regierung begünstigten *echt-russischen* Mordpatrioten Herren der Lage. Der sogenannte Friedenszar,

auf dessen Geheiß die Besten des russischen Volkes in die entsetzlichsten Marterkerker geworfen und nach Sibirien deportiert worden sind, der Friedenszar tat den *Echtrussen* ihren kulturzerstörenden Willen. Das Unheil nahm seinen Verderbenslauf. Nun ist der Kriegszustand eingetreten. . . Wir sehnen mit Millionen und Abermillionen heißen Herzens die rasche Wiederkehr des Friedens herbei. Doch können und können wir nicht wünschen, daß Kosakentum und *echtrussisches* Knutenregiment den Sieg über Deutschland davontragt! Wir wollen in unserm Vaterland eine freiheitliche Entwicklung, wollen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Arbeiterklasse auf allen Gebieten. Dieser reformeifrige Volkswille wird aber in Europa am brutalsten bekämpft durch den Zarismus! Wir freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben am allerwenigsten ein Interesse an einem Sieg des Kosakentums und des Knutenregiments in Europa! Diesen Sieg zu verhindern, heißt auch den Lebensinteressen der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter dienen. Schlagen wir den Zarismus nicht, dann schlägt er uns! So ist jetzt die Situation . . . Solange die Kriegswaffen nicht ruhen, ruht auch der Streit der Parteimeinungen. Unsere Kameraden werden beweisen, daß sie zu unrecht als *Vaterlandslose* verdächtigt worden sind.«

Das Organ der Bauarbeiter, der Grundstein, schreibt am 8. August:

»Noch während die deutsche Regierung in Wien und Petersburg für den Frieden wirkte, wälzte das Zarenreich sein Heer gegen Deutschlands Grenzen. Die Mobilmachung in Deutschland war die unausbleibliche Folge. Nun sind alle weiteren Proteste gegen den Krieg überflüssig und wirkungslos. Die deutsche Arbeiterschaft hat sich, wie die übrigen Volksteile, mit den harten Tatsachen abzufinden und ihre Pflicht zu tun. Und sie tut ihre Pflicht! Es kann ihr nicht gleichgültig sein, ob die zarische Knute nach Deutschland getragen wird, ob die Kosaken in Deutschland regieren. Schon früher haben führende Männer der Arbeiterbewegung darüber keinen Zweifel gelassen, daß selbst sie auf ihre alten Tage gegen Rußland noch die Flinte auf die Schulter nehmen und in den Krieg ziehen würden. Jetzt ist die harte Notwendigkeit der Verteidigung des Landes gekommen. Ohne Besinnen, wenn auch schweren Herzens, sind unsere Arbeitsbrüder zu den Fahnen geeilt, um das Reich, um die deutsche Kultur gegen die zarische Knute zu schützen. Wir können in diesem Augenblick nur wünschen, daß den deutschen Waffen ein schneller und entscheidender Sieg beschieden sein möge.«

Für die Fabrikarbeiter, den großen aufstrebenden Verband der mehr ungelerten Arbeiter, erklärt der Proletarier vom 8. August:

»Fest steht nur die Tatsache, daß wir im Kriege stehen mit einem halbbarbarischen Volke, und daß uns kaum Schlimmeres passieren könnte als ein Unterliegen unter diesen Gegner. Wir haben nie zu den Schön- und Lobrednern Deutschlands gehört; wir haben immer und immer darauf hingewiesen, wieviel bei uns noch gesündigt wird am Volke, wie sehr auch bei uns die Interessen der Besitzlosen untergeordnet werden den Interessen der Besitzenden. Aber in dieser ersten Stunde soll und muß doch anerkannt werden, daß wir mit unseren Rechten und Einrichtungen turmhoch über dem russischen Riesenreich stehen, in dem das Volk geknechtet und geknutet wird, in dem es Volksrecht kaum auf dem Papier, Volksfürsorge kaum dem Namen nach gibt. Und es muß auch darauf hingewiesen werden, daß ein Sieg dieses Volkes uns zu Zuständen führen würde, die wir nicht wünschen können sondern fürchten müssen. Daraus ergibt sich, daß alle Arbeiter, mögen sie sonst zur Regierung und zum Staate stehen wie sie wollen, in den kommenden Zeiten ihre Pflicht als Deutsche tun müssen und tun werden.«

Weiter seien unter vielen noch die Buchdrucker erwähnt, als Vertreter der reichsten Gewerkschaftspraxis und der ältesten Gewerkschaftsüberlieferungen. Im Buchdruckerkorrespondenten vom 6. August lesen wir:

»Die Mehrheit des deutschen Volkes hat den Krieg nicht gewollt, und von der Reichsregierung ist lobend anzuerkennen, daß sie in voller Verantwortung für die ungeheure Tragweite ihrer Entschlüsse bis zum letzten Augenblick Geduld geübt hat gegen das provozierende Auftreten von Rußland, das schließlich noch durch ein Doppelspiel dem Faß den Boden ausgeschlagen hat. . . Das Eingreifen von Rußland hat diesen Krieg entfesselt, der schon nach seinem Umfang in der Weltgeschichte nicht seinesgleichen hat. Nun ist die Sachlage eine andere: Ein

Sieg Rußlands über Deutschland wäre nicht nur eine Niederlage unter Verlust von unzähligen Menschenopfern und Zugrunderichtung unermeßlicher wirtschaftlicher Werte sondern jedenfalls auch Niedergang der Kultur, Zurückschrauben der Zivilisation. . . Dieser Vernichtung aller kulturellen und organisatorischen Fortschritte, diesem Ende mit Schrecken muß mit aller Kraft gewehrt werden. Darum ist auch die Haltung der Arbeiterschaft in der Stunde der Gefahr für die Volksgesamtheit nicht vom Klassenkampfstandpunkt diktiert, nicht die Interessenunterschiedlichkeit drängt sich vor, sondern auf einen Punkt konzentriert sich das Empfinden und Wollen: unter allen Übeln das schlimmste abzuwenden und das mühsam Erreichte nach Möglichkeit zu erhalten.«

Endlich wendet sich die Leitung der Konsumvereine, sowohl der Großeinkaufsgesellschaft wie des Zentralverbands, durch einen Runderlaß folgendermaßen an alle angeschlossenen Genossenschaften und ihre Mitglieder:

»Es ist in dieser Situation überflüssig zu prüfen, ob das Furchtbare, das wir demnächst durchleben müssen, vermeidbar war oder nicht. Der Krieg steht vor der Tür und mit ihm die Schicksalsstunde des deutschen Volkes und des deutschen Vaterlandes. Gewollt hat ihn sicherlich das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit nicht; aber wenn das russische Zarentum und seine echtrussischen Spießgesellen Deutschland in den Staub treten wollen, dann haben alle Erwägungen darüber, weshalb es so gekommen ist, zurückzutreten hinter der gebieterischen Pflicht die nationale Existenz, das deutsche Volkstum und damit zugleich Kultur und Gesittung vor dem menschheitsschändenden russischen Knutenregiment zu schützen.«



ENN die wirtschaftlichen Selbsthilfeverbände der Arbeiter in dieser Weise zur Erfüllung aller noch so ernsten politischen Pflichten aufrufen, so blicken sie zugleich schwerster ökonomischer Bedrängnis und den ungeahntesten Anforderungen an ihre Leistungskraft ins Auge. Was für ein großes kapitalistisches Produktionsunternehmen das Ausbleiben der Aufträge, der Rohstoffe und der sonstigen Produktionsvoraussetzungen, die Einschränkung der Kreditgewährung seitens der Banken, die Stockung in den Zahlungen der Abnehmer, die Zerrüttung des Absatzmarktes bedeutet, das trifft die Gewerkschaften, ähnlich oder sogar noch schlimmer, nur in anderer Gestalt: nämlich als plötzlicher Rückgang der Mitglieder, als Dezimierung der Führer- und Angestelltenreihen, als Unterbrechung der Beitragsentrichtungen selbst seitens der außerhalb des Heeres verbleibenden, arbeitslosen oder auch überängstlichen Mitglieder, als lawinenartig anschwellende Anlässe zur Unterstützung und Hilfeleistung, ganz abgesehen von den wachsenden Schwierigkeiten sonst jederzeit leicht realisierbare Vermögensbestände in Geld und Zahlungsmittel umzuwandeln.

Nur bruchstückweise dringen allmählich zahlenmäßige Angaben über diese tiefeinschneidenden Umwandlungen in die Öffentlichkeit. Die Bergarbeiter, die wegen ihrer gefährlichen und anstrengenden Berufstätigkeit und infolge der raschen Ausdehnung des deutschen Bergbaus sich ungewöhnlich stark aus jüngeren Jahrgängen zusammensetzen, schätzen den Mitgliederverlust durch Einberufung zu den Waffen auf 50- bis 60 000 Köpfe. Der Verbandsvorstand der Bauarbeiter meint:

»Ein Drittel unserer Mitglieder oder mehr wird dem Ruf des Landes folgen und unter die Fahne treten.«

Der Zimmerer bemerkt:

»Nahezu 50 % aller Zimmerer Deutschlands (48,99 %) gehören den Altersklassen von 20 bis 40 Jahren an. Aufgerufen sind aber alle wehrfähigen Männer von 17

bis 45 Jahren. Freilich sind unter diesen Jahrgängen auch dienstuntaugliche Personen, aber sie dürften nur eine Minderheit bilden. Hinzu kommt, daß die älteren Jahrgänge in der Gewerkschaftsorganisation nach allen bisher gemachten Erfahrungen schwächer vertreten sind als in der amtlichen Statistik, so daß die Vermutung jedenfalls nicht unbegründet erscheint, daß mindestens 60 % unserer Verbandskameraden zum Militär einrücken werden. Darunter dürften sich auch recht viele Mitglieder von Zahlstellenvorständen befinden, leitende Personen und sonstige Funktionäre, die für den Zusammenhalt des Verbandes unbedingt notwendig sind.«

Die Buchdrucker hatten allein in Leipzig und bis zum Abend des zweiten Mobilmachungstags bereits 570 Abmeldungen zu verzeichnen. Vom Steinarbeiterverband sind »tausend und abermals tausend von Mitgliedern bereits ins Feld gezogen«:

»Im Demitzer Steinbruchgebiet wurden an die 500 Kollegen eingezogen, in Beucha-Brandis an die 400, in einem Löbauer Betrieb mußten von 32 Arbeitern netto 30 unter die Fahnen eilen. In den 370 übrigen Zahlstellen wird es nicht anders sein.«

Die Einschränkungen in der Verbandstätigkeit haben sofort begonnen. Daß die letzten Lohnbewegungen allseitig ohne weiteres eingestellt wurden, bedarf keines Wortes der Erwähnung. Eine gemeinsame Erklärung der Generalkommission und des Parteivorstands kündigte für alle Angestellten den Verzicht auf einen erheblichen Teil ihrer Gehälter an, bei den Gewerkschaften zugunsten der Unterstützungseinrichtungen. Die meisten Berufsverbandszeitungen werden nur mit beträchtlicher Verkleinerung ihres Umfangs und zum Teil in größeren zeitlichen Zwischenräumen erscheinen. Entsprechende ausdrückliche Ansagen liegen bereits vor seitens der Gärtner, der Gemeindearbeiter, der Buchbinder. Die Fabrikarbeiter verzichten auf das Blatt für die Ziegler und lassen die Gleichheit und die fremdsprachlichen Organe für den Versand fallen, ebenso die Bergarbeiter die Gazeta Gornicza, L'Operaio Italiano und Na Zdar.

In erster Linie jedoch sind es die Unterstützungsleistungen, für die eine längerdauernde Herabsetzung ganz unaufhaltsam ist, vor allem, wenn die erstrebte und durch die Umstände mit einemal in den Vordergrund gedrängte Neueinfügung einer Beihilfe für Arbeiterfamilien, deren Ernährer am Feldzug teilnimmt, zur Verwirklichung gelangen soll. Zur Erläuterung der ganzen Sachlage seien nur ein paar der erstergriffenen Schritte erwähnt. Die Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen des Buch- und Steindruckereigewerbes haben vom 9. August ab die Auszahlung der Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung eingestellt; die letzte Auszahlung erfolgte am Sonnabend, den 8. August; die erkrankten Verbandsmitglieder müssen sich also für die fernere Zeit mit den Unterstützungen der Krankenkassen begnügen. Der Hauptvorstand der Tapezierer beschloß sofort einstimmig, daß die Filialen vom 3. August an Lokalzuschüsse zur Arbeitslosen- und Reiseunterstützung nicht mehr zahlen dürfen; »die Unterstützung der Arbeitslosen und Kranken vollzieht sich vorläufig streng nach den Bestimmungen unseres Statuts«. Für die Gemeinde- und Staatsarbeiter sind während des Kriegs die §§ 15 und 16 des Statuts außer Kraft gesetzt; »Gemaßregelten- und Streikunterstützung ist also von heute ab nicht mehr auszuzahlen; Notfallunterstützungen dürfen von den Filialen, welche diese nicht durch besonderes Ortsstatut gewähren, nicht mehr bewilligt werden«. Am entschlossensten und weitblickendsten hat wohl der Vorstand der Holzarbeiter gehandelt: »um den Verband vor dem Zusammenbruch zu

schützen, . . nach freiem Ermessen, wobei wir uns selbstverständlich unserer spätern Verantwortung vor den Mitgliedern stets bewußt bleiben. Alle künftigen Verbandsleistungen sollen sich danach auf die Arbeitslosenunterstützung und eine neuzuschaffende bescheidene Familienkriegsbeihilfe konzentrieren, unter Verkürzung des Arbeitslosengeldes (nach 52wöchiger Verbandsangehörigkeit und Beitragsentrichtung) auf 6 Mark pro Woche für Verheiratete und 4 Mark für Ledige. Die neue Familienbeihilfe ist vorläufig auf 3 Mark für die Woche angesetzt, unter der einen Voraussetzung, daß der einberufene Ernährer mindestens 52 Wochen dem Verband angehörte. Alle sonstigen Unterstützungen der Hauptkasse und der Lokalkassen gelten vorläufig als aufgehoben.

Die noch ausstehenden Maßnahmen der Einzelverbände werden sich wahrscheinlich vorwiegend in der Richtung dieser oder ähnlicher Grundlinien bewegen, die durch die ganze wirtschaftliche und gewerkschaftliche Situationsänderung sich ganz von selber aufzwingen.



NDLICH noch ein paar Worte über die Arbeiterorganisationen nach ihrer ganzen öffentlichen und politischen Stellung in der Gegenwart, und damit zugleich über das fernere Verhalten der Regierungskreise zur Sozialdemokratie, zu den Gewerkschaften und Genossenschaften.

Über die drohendsten Gefahren, die in der monate- und jahrelangen Erhitzung der gegenseitigen Erbitterung von Unternehmern und Arbeitern lagen, sind wir augenblicklich glücklich hinüber. Eben durch die ganze scheinbar so merkwürdige, aber von jedem Kundigen vorauszu sehende innerpolitische Konstellation, wie sie der Krieg, der heute in Deutschland allein noch mögliche Volkskrieg und die unterschiedslos gemeinsame Abwehr nach außen, geschaffen hat. Der Vorteil einer solchen Lage ist für die Arbeiterorganisationen unverkennbar. Müßten wir jetzt, neben den unvermeidlichen innerorganisatorischen Schwierigkeiten und rein wirtschaftlichen Störungen, auch noch rechnen mit einem Kampf gegen mißtrauische, verfolgungssüchtige Behörden, mit der stündlichen Bedrohung unserer mühsam bisher angesammelten Finanzkräfte, mit der Auseinandersetzung und erzwungenen Auflösung unserer Kaders, so ständen wir einfach vor einer verzweifelten Katastrophe, vor der sichern Vernichtung alles seit Jahren und Jahrzehnten Geschaffenen und Errungenen, mit dessen hämischer Verkleinerung und Verkennung wir lediglich uns und die deutsche Arbeiterklasse selber herabsetzen würden. Ähnliches steht glücklicherweise vorläufig außer Gesichtswerte. Aber dieses leidlichen Trostes werden wir uns immerhin nur so lange erfreuen, als die erwähnte innerpolitische Konstellation anhält. Und diese liegt zwar zum Teil, aber doch nicht ganz und gar in unseren Händen. Sie hängt auch sehr vom glücklichen oder unglücklichen Gang der Kriegsergebnisse ab.

Andrerseits ist sich wohl auch die Regierung des unersetzlichen Rückhalts bewußt, den ihr nicht nur die wirtschaftlichen Notstandsleistungen der Arbeiterorganisationen, sondern noch viel mehr die heute vorherrschenden Empfindungen und Bestrebungen der Arbeitermassen gewähren. Um ein paar der ersten besten Beispiele herauszugreifen: Erfuhr die Rettung der Ernten, die Überleitung von städtischen Arbeitslosen auf das arbeiterleere Land

nicht die wesentlichste Förderung durch die gewerkschaftlichen Organisationen, und hätte sie sich gegen deren Widerstand wohl überhaupt vollziehen können? Starke und möglichst ungeschwächt aufrechterhaltene Konsumgenossenschaften können zur Abwehr von kleinhändlerischem Warenwucher mindestens so viel beitragen wie behördliche Verfügungen, sei es auf Grund des Kriegszustands oder der abgeänderten Gewerbeordnung. Jede Heranziehung der Gewerkschaften, der Versichertenvertreter zu den notwendigen Arbeitsnachweismaßnahmen, zu den außerordentlichen Schritten, Heilanstalten- und Gelderverwendungen auf dem Gebiet des Arbeiterversicherungswesens, zu Lebensmittelversorgungen, zu konsumentenschützenden und massenberuhigenden Preisbeeinflussungen, jeder Versuch der vorherigen Verständigung und Fühlungnahme mit diesen Arbeiterkreisen erschließt nicht nur einen ansehnlichen Schatz von Sachverständigen- und Interessentenerfahrung sondern schafft und vermehrt zugleich den kräftigen Widerhall bei der Bevölkerung, ohne den jedes behördliche Eingreifen sich heute ins Leere verliert. Die Regierung wäre verblendet, wenn sie nicht jede hier sich darbietende Gelegenheit beim Schopf ergriffe.

Die wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen werden deshalb jetzt zu zeigen haben, wie weit sie großen Aufgaben auch großzügige Auffassung und entschlossenes Zugreifen entgegenzubringen wissen. Und andererseits wird sich bei der Regierung und den Behörden herausstellen müssen, wie weit eine außerordentliche Zeit sie zu zeitgemäßer, vorurteilsloserm Handeln zu bewegen vermag. Auch unsere militärischen Schicksale werden durch diese innerpolitische Entwicklung, durch diesen Zusammenklang aller geistigen und wirtschaftlichen Volkskräfte mitbestimmt sein.

XX

EDMUND FISCHER · DIE ELTERNCHAFTSVERSICHERUNG



NICHT nach einem ausgeklügelten Schema setzt sich der sozialistische Gedanke in der Praxis durch. Nicht selten entwickeln sich sozialistische Einrichtungen aus embryonalen Gebilden, deren sozialistische Wesensart lange nicht erkannt worden ist. Aber alle modernen sozialen Reformen, die Leben erhalten, sind sozialistischen Geistes: die Sozialversicherung wie die Wohnungsreform, die Jugendfürsorge wie die Bodenreform. Und nun schlagen die hervorragendsten Sozialhygieniker Deutschlands auch zur Bekämpfung des Geburtenrückgangs und zur notwendigen Geburtenregelung als den einzigen erfolgversprechenden Weg Maßnahmen vor, die durchaus auf der Richtlinie zum Sozialismus sich bewegen. Professor Dr. von Gruber (München) entwickelte auf der 38. Versammlung des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege in Aachen, über die nun der ausführliche Bericht vorliegt,¹⁾ in einem mit »rauschendem Beifall« aufgenommenen Vortrag den Gedanken der staatlichen Erziehungsbeiträge und der Elternpensionen, für die der Staat jährlich rund eine Milliarde Mark aufwenden müsse. Und Professor Dr. A. Grotjahn, der jetzt als Privatdozent für Hygiene an der Universität Berlin wirkt, plädiert in einem umfangreichen Werk für eine Elternchaftsversicherung auf ähn-

¹⁾ Diesen Bericht enthält das 1. Heft des 46. Bandes der Deutschen Vierteljahrschrift für öffentliche Gesundheitspflege /Braunschweig 1914/.

licher Grundlage.²⁾ Beide Gelehrte halten vom Standpunkt der sozialen Hygiene aus neben anderen Maßnahmen solche Einrichtungen zur Lösung des Geburtenproblems und für die zukünftige Existenz der Gesellschaft für unentbehrlich. Was sie fordern, bedeutet aber die Übernahme der Aufzuchtskosten der Kinder auf den Staat: ein Stück Sozialismus.

Das Geburtenproblem wird von Gruber und Grotjahn nicht nur in eine wissenschaftliche Betrachtungsweise gerückt, die dem Ernst der Sache entspricht, sondern auch praktisch von der Seite angefaßt, an der die Gesetzgebung eingreifen kann. Es ist sinnlos ein Lamento über den Geburtenrückgang anzustimmen und nichts anderes tun zu wollen, als sich an die einzelnen Individuen zu wenden. Mit moralischer Entrüstung ist weder nach der einen noch nach der andern Richtung hin etwas zu erreichen. Wie auf allen anderen Gebieten der sozialen Entwicklung, so kann es auch auf dem der Volksvermehrung kein Rückwärts, kein Zurückgehen zum frühern Zustand geben. Die Volksvermehrung vollzog sich früher in der Weise, daß die Paare so viele Kinder kommen ließen, als immer nur wollten. Grotjahn nennt das den »naiven Typus« der Volksvermehrung. Das Leben der Frau war unter diesem Zustand ausgefüllt von Schwangerschaften. Wochenbetten und Stillzeiten, die sich, nur durch Fehl- und Frühgeburten unterbrochen, immer wiederholten. Ein erfreuliches Bild gewährt dieser naive Typus der menschlichen Fortpflanzung bei genauer Beobachtung keineswegs. Abgesehen davon, daß er stets und unter allen Verhältnissen von einer großen Kindersterblichkeit begleitet gewesen ist, läßt er sich nur durch eine rücksichtslose Ausbeutung der Kräfte der Frauen aufrecht erhalten, die in der Regel nur mit dem Ausschluß der Frauen von den Kulturgütern überhaupt einhergehen kann. Ganz rein hat dieser naive Typus in geschichtlicher Zeit auch niemals und nirgendwo bestanden. Wohl bei allen Naturvölkern, von deren Lebensgewohnheiten und Sitten wir überhaupt Näheres wissen, sind Maßnahmen zur Beschränkung der Fruchtbarkeit üblich. Namentlich ist die Abtreibung der Leibesfrucht fast überall in Gebrauch. Außerdem ist das Töten und Aussetzen der Neugeborenen weit verbreitet gewesen, namentlich bei den antiken Völkern. Heute bäumen sich die Frauen, die sich nicht mehr von der Teilnahme an den Gütern der Kultur ausschließen lassen wollen, gegen die Überfruchtbarkeit auf. Und die Methoden der Geburtenprävention sind, wie Grotjahn nachweist, so zahlreich, daß die Geburtenverhinderung gar nicht mehr aus der Welt geschafft werden kann, auch wenn ihre Verwerflichkeit und Gemeingefährlichkeit feststände.

Mit dieser Tatsache muß man sich abfinden. Die lächerliche Agitation für den sogenannten Gebärstreik zu dem Zweck die Produktion von Ausbeutungsobjekten für das Kapital zu verhindern wird kein einziges Elternpaar zur Prävention veranlassen, das ein Verlangen nach Kindern hat. Nicht aus sozialpolitischen Interessen zeugen die Menschen Kinder sondern ihrer selbst wegen, aus rein individuellen Motiven. Und lediglich in ihrem persönlichen Interesse nehmen die Paare eine Geburtenbeschränkung vor. Nachdem es zweifelsfrei feststeht, daß die Anwendung von Präventivmitteln mit keinerlei gesundheitlichen Nachteilen verbunden ist, wie früher die Ärzte geglaubt haben, daß sogar in zahlreichen Fällen der Arzt die Pflicht hat die Prä-

²⁾ Siehe Grotjahn Geburtenrückgang und Geburtenregelung /Berlin 1914.

vention zu empfehlen, der Gebrauch der Präventivmittel auch notwendig ist zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, hat das einzelne Individuum als solches von der Geburtenbeschränkung keinerlei Nachteile sondern nur Vorteile zu erwarten, und es hat kein persönliches Interesse an der Bekämpfung des Geburtenrückgangs. Der Geburtenrückgang bedeutet nur eine Gefahr für das Volksganze, für den Bestand einer Nation, für die nationale Kraft. In ihrem eigensten Interesse muß deshalb auch die Gesamtheit Maßnahmen ergreifen, die zu einer Regelung der Fortpflanzung führen und den Bestand der Gesellschaft, der Nation, des Staates sichern. Sie muß deshalb auch die Aufwendungen machen, ohne die eine rationelle Geburtenregelung nicht erzielt werden kann.

Die wesentlichsten Ursachen der Geburtenbeschränkung über ein annehmbares Maß hinaus sind in sozialen Verhältnissen und in der wirtschaftlichen Lage zu suchen. Ohne eine Erleichterung der Aufzucht, ohne Übernahme wenigstens eines Teils der Aufzuchtskosten der Kinder durch die Gesamtheit wird deshalb dem bedenklichen Geburtenrückgang nicht entgegengewirkt werden können. Das Problem läßt sich also nur sozialistisch lösen. Die Gehaltsabstufung der Beamten und die Gestaltung der Löhne der Arbeiter nach der Kinderzahl lassen sich im wesentlichen nur in öffentlichen Betrieben vornehmen. Den in der städtischen Verwaltung von Charlottenburg beschäftigten Personen mit mehr als 3 Kindern wird neben der Besoldung eine Familienzulage gewährt, die bis auf 600 Mark jährlich steigt. In Schöneberg erhalten städtische Arbeiter mit 3 Kindern monatlich 10 Mark, mit 4 12,50 Mark, mit 5 15 Mark, mit 6 17,50 Mark und mit 7 und mehr Kindern 20 Mark Zulage. Ähnliche Einrichtungen bestehen in Frankfurt am Main, in Halberstadt und in Straßburg, und sie ließen sich in allen kommunalen und staatlichen Verwaltungen durchführen. Diese Lohngestaltung ist aber nicht mehr kapitalistischer sondern sozialistischer Wesensart. Auch die Wohnungsreform, die von Gruber und Grotjahn und alle Sozialhygieniker überhaupt für unerläßlich halten, um der zu weitgehenden Geburtenbeschränkung Einhalt tun zu können, bewegt sich auf sozialistischen Bahnen. Denn nur das Einfamilienhaus in genossenschaftlichem oder kommunalem Eigentum kann den heutigen ungesunden Zustand beseitigen. Ein sozialistischer Gedanke liegt auch dem Schularztwesen und den Schulspeisungen, der öffentlichen Ferienverpflegung und der vollen Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts zugrunde, allen diesen Einrichtungen, die der Geburtenbeschränkung entgegenwirken können, sofern sie aufs höchste entwickelt werden. Aber alle diese Maßnahmen bleiben auf die Dauer ohne wesentlichen Erfolg, wenn nicht auch weitergegangen, wenn die Aufzucht der Kinder überhaupt nicht als eine öffentliche Angelegenheit betrachtet und behandelt wird, das heißt wenn nicht die Gesamtheit die Kosten übernimmt.

Die Einrichtungen, die von Gruber empfiehlt, würden einen Aufwand des Staates von mindestens einer Milliarde im Jahr erfordern. Aber wenn der Bestand der Gesellschaft davon abhängig ist, kann die Höhe der Summe überhaupt kein Grund sein von ihnen absehen zu wollen. Professor von Gruber hält die Erziehungsbeiträge für »unentbehrlich«, und das sind sie gewiß auch, wenn der Geburtenbeschränkung über ein gewisses Maß hinaus Einhalt getan werden soll. Diese Erziehungsbeiträge sollen solchen ehelichen Müttern respektive überlebenden Vätern gewährt werden, die eine ge-

wisse Mindestzahl (nach vorläufiger Schätzung etwa 3) lebender und gesunder Kinder erzeugt haben, für diese Mindestzahl während der ganzen Zeit der Aufzucht bis zum 14., in verminderter Höhe bis zum 21. Lebensjahr. Die Höhe der Beiträge soll so bemessen werden, daß sie etwa ein Drittel der Aufzuchtskosten decken, aber der »Normalfamilie« doch annähernd die gleichen Lebensbedingungen gestatten wie der zu kinderarmen. Im Mittel soll der Erziehungsbeitrag im Jahr 200 Mark betragen. Außerdem sollen die Eltern, die 3 oder mehr Kinder großgezogen haben, von einem bestimmten Alter ab eine Elternpension beziehen. Nach einer ausführlichen Berechnung kommt von Gruber zu dem Ergebnis, daß die Erziehungsbeiträge jährlich 840 Millionen Mark und die Elternpensionen 256 Millionen Mark erfordern würden. Bei einem Gesamteinkommen des deutschen Volkes von 40 Milliarden im Jahr sei es nicht undenkbar, meint er mit Recht, diese Summe aufzubringen.

Die Vorschläge von Grubers im einzelnen auf ihre Realisierbarkeit zu prüfen wäre ein müßiges Beginnen. Eine Gesetzgebung wird manche Einzelheit wesentlich anders gestalten müssen als sie sich im Kopf eines Sozialhygienikers gebildet hat. Die Einzelheiten tun aber gar nichts zur Sache: zunächst handelt es sich um den Grundgedanken, daß der Staat die Erziehung der Kinder übernehmen soll, nach von Gruber in der Form, daß er den Eltern die Aufzuchtskosten gewährt. Die Forderung auch das politische Wahlrecht nach der Kinderzahl des Wählers zu gestalten, den kinderreichen Eltern also ein erhöhtes Stimmrecht zu gewähren, ist entschieden abzulehnen. Und die Gewährung des Ehrentitels Fraumutter an die Mütter, die mindestens 3 Kinder geboren haben, oder auch an alle Mütter erscheint als eine Spielerei ohne Bedeutung. Das alles aber kann nicht davon abhalten, daß man dem Grundgedanken nähertritt, der schon in der nächsten Zeit in den Parlamenten erörtert werden dürfte.

Grotjahns Vorschläge haben das selbe Ziel wie die von Grubers. Grotjahn hält die Entwicklung einer neuen Sittlichkeit, die auf die Fortpflanzung und die Geburtenregelung von Einfluß ist, für notwendig und möglich. Zweifellos spielt die jeweils herrschende Sitte auch im Geburtenproblem eine Rolle. Wie das Zweikindersystem eine Sitte geworden ist, so kann sich in das Bewußtsein der Menschen auch die Anschauung festsetzen, daß ein Mindestmaß von 3 Kindern natürlich und notwendig sei. Der Wille zum Kind schlummert im Mann wie in der Frau. Und es kann sich nur darum handeln, ob es gelingt für das Auswirken des Willens zum Kind die günstigsten inneren und äußeren Bedingungen zu schaffen. Grotjahn will jedem Elternpaar das moralische Pflichtgefühl beigebracht wissen eine Mindestzahl von 3 Kindern über das 5. Lebensjahr hinaus hochzubringen. Jedes Elternpaar, das sich durch besondere Rüstigkeit auszeichnet, soll sodann das Recht haben die Mindestzahl um das Doppelte zu überschreiten und für jedes überschreitende Kind eine materielle Gegenleistung in Empfang zu nehmen, die von allen Ledigen oder Ehepaaren, die aus irgendwelchen Gründen hinter der Mindestzahl zurückbleiben, beizusteuern sei. Dieses Ziel glaubt Grotjahn auf dem erprobten Weg der obligatorischen sozialen Versicherung erreichen zu können. Das gesamte Arbeiterversicherungswesen ließe sich ohne unüberwindliche Schwierigkeiten in der Richtung ausbauen, daß rüstigen Elternpaaren ein zahlreicher Nachwuchs zum Vorteil gereichen

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Gewerkschaftsbewegung / Paul Kampffmeyer

Arbeitersekretariate Im Korrespondenzblatt der Generalkommission erschienen der Jahresbericht des Zentralarbeitersekretariats für das Jahr 1913 (siehe auch die Rubrik Sozialpolitik, in diesem Band, pag. 844 f.). Im Jahr 1913 erledigte dieses Sekretariat 2125 Streitigkeiten, davon 1951 aus dem Gebiet der Unfallversicherung. Von diesen 1951 anhängig gemachten Streitverfahren hatten 758 einen für den Verletzten, Hinterbliebenen usw. günstigen Ausgang. Das Zentralarbeitersekretariat lehnte die Vertretung in 338 Fällen ab, weil der erhobene Anspruch gänzlich aussichtslos erschien. Das Zentralarbeitersekretariat erhebt wieder die Klage, daß die Bewertung geistiger Arbeit durch das Reichsversicherungsamt »recht verwunderlich« sei, denn in vielen Fällen schienen dem Senat die für Gutachten an den Arzt bezahlten Honorare zu hoch bemessen zu sein, und er erstattet deshalb nur einen Teil dieser Honorare zurück. Eine recht beherzigenswerte Mahnung an der Fortbildung des Arbeiterrechts mitzuhelfen richtet das Zentralarbeitersekretariat an die Arbeitervertreter in folgenden Worten: »Immer mehr wächst das Verständnis für die die Arbeiter namentlich betreffenden Rechtsgebiete, und immer mehr zeigt sich das Bedürfnis nach Weiterbildung des hier in Betracht kommenden Rechts. An dieser Weiterbildung müssen die Arbeiter und ihre Vertreter auch selbst wirken. Das darf nicht den auf fortgeschrittenem Boden stehenden bürgerlichen Zeitschriften allein überlassen bleiben.«

Der 17. Jahresbericht des Arbeitersekretariats Stuttgart gibt einen kurzen Überblick über die sozialrechtliche und sozialkulturelle Tätigkeit dieses Sekretariats, bei dem 13 705 Personen im Jahr 1913 Rat und Hilfe suchten. Von Bedeutung ist die Klage des Sekretariats über »die unverkennbare Verschlechterung der Rechtsprechung«. Sozialpolitisch wertvoll ist die Feststellung, daß die Versicherungsanstalt Württemberg 1912 nicht einmal 60 000 Mark für Witwen-, Waisenrenten usw. auszahlte, während sie 1911 über 276 846 Mark an Beiträgen zurückerstatten mußte. Die

Versicherten erhielten also 219 000 Mark weniger als im Vorjahr. Durch die Beitragserhöhung und die Ersparnisse auf Kosten der Witwen und Waisen vermehrte sich das Vermögen der Versicherungsanstalt um 3 Millionen Mark. Das veranlaßte die Ausschußvertreter der Anstalt einen Antrag einzubringen, daß auf eine Erhöhung der Witwen- und Waisenrente bei der Reichsregierung hinzuwirken sei.

In seinem 13. Jahresbericht hebt das Lübecker Arbeitersekretariat, das 1913 von 16 617 Personen besucht wurde, mit Nachdruck hervor, daß Rentempfängern auf den Versicherungsämtern kurzerhand gesagt wird, in der Sache sei weiter nichts zu machen... Nun wollen wir gewiß nicht Querulanten und Prozeßhanseln das Wort reden, und wir können auch verstehen, wenn man bei ganz ausgefallenen Sachen... von weiteren Schritten abrät. So haben wir schon jahrelang selber gehandelt und aussichtslose Sachen nie angenommen. Aber wir haben oft wahrnehmen müssen, daß Beamte der Versicherungsämter unterschiedslos so vorgehen und vor den Rentempfängern den Inhalt des ersten Bescheides nur wortgetreu der Berufsgenossenschaft nachbeten.« Der Bericht bezeichnet den Verkehr des Arbeitersekretariats mit den Behörden, Gerichten und Berufsgenossen als »gut« und beklagt sich nur, daß es, von Ausnahmefällen abgesehen, beim Gewerbegericht nicht zugelassen werde.

Aus dem 16. Jahresbericht des Arbeitersekretariats München, dessen Rat und Hilfe im Jahr 1913 von 14 293 Personen in Anspruch genommen wurde, tritt uns der rein materielle Nutzen dieses Instituts für die Arbeiter »von diesen wollen wir hier nur reden« recht greifbar vor Augen: Zugunsten seiner Klienten trieb das Arbeitersekretariat München durch Zahlungsaufforderungen und Vermittelungen allein 9788,72 Mark ein und erzielte für diese im Unfallstreitverfahren dann einen Betrag von 47 432,20 Mark.

Der 19. Jahresbericht des Arbeitersekretariats Nürnberg hebt mit Nachdruck die Tatsache hervor, daß sich seine Arbeit mit dem Inkrafttreten eines weitem Buchs der Reichsversicherungsordnung wesentlich ausdehnte. »Dieses Gesetz sollte eigentlich eine Verein-

fachung der ganzen Versicherung bringen, es ist aber das Gegenteil eingetreten; die Bestimmungen wurden ins Ungemessene vermehrt, so daß diejenigen, für die dieses Gesetz geschaffen wurde, kaum mehr in der Lage sind ohne sachkundigen Rat ihre Rechte und Pflichten zu erkennen. Die Bestimmungen sind zum Teil auch unklar und unvollständig, so daß noch viele Jahre vergehen werden, bis durch eine Reihe von Entscheidungen ständiges Recht geschaffen werden kann.« Die Herren vom grünen Tisch sollten dieses, auf tausendfältige praktische Erfahrungen gestützte Urteil über unsere Reichsversicherungsordnung wohl beachten. Im Berichtsjahr 1913 suchten 17 487 Klienten (gegen 16 738 im Vorjahr) das Sekretariat auf. Die erteilten Auskünfte erstrecken sich vor allem auf das Gebiet der Arbeiterversicherung, namentlich auf die Unfallversicherung. Dieser Versicherung ist auch ein interessanter Abschnitt im Bericht gewidmet. Dem Arbeiterssekretariatsbericht ist der Bericht der vereinigten Gewerkschaften Nürnbergs angegliedert, aus dem die bedeutenden sozialen und kulturellen Leistungen dieser Gewerkschaften klar hervortreten. Der Bericht des Chemnitzer Gewerkschaftskartells über die Chemnitzer Gewerkschaftsbewegung im Jahr 1913 enthält auch kurze Ausführungen über das Chemnitzer Arbeiterssekretariat, das im Berichtsjahr 11 250 Personen Auskunft erteilte.

×
Holzarbeiter Im Jahrbuch des Deutschen Holzarbeitersverbands für 1913 wird ein lebendiges Bild von den wirtschaftlichen Verheerungen dieses Krisenjahrs gezeichnet. Im Durchschnitt des ganzen Jahrs entfielen auf einen Monat 20 357 Arbeitslose gegen nur 16 032 im Jahr 1912 und 12 859 im Jahr 1911. Die Arbeitslosenunterstützung stieg von 596 989 Mark im Jahr 1911 auf 1 295 512 Mark im Jahr 1913. Der furchtbare Druck der Krise preßte den Mitgliederstand von 196 810 im Jahr 1912 auf 193 075 im Jahr 1913 herab. Der Verband verlor also 3735 Mitglieder. Aber allen wirtschaftlichen Hindernissen zum Trotz setzte der Verband nicht unerhebliche Verbesserungen in der sozialen Lage seiner Mitglieder durch. Es erreichten nämlich durch die gesamten Lohnbewegungen des Jahres 1913 doch 68 695 Holzarbeiter und Holzarbeiterinnen eine Verkürzung der Arbeitszeit um durchschnittlich 1,3

Stunden pro Woche und 71 983 Personen eine durchschnittliche wöchentliche Lohnerhöhung von 2,26 Mark oder 117 Mark im Jahr. Für sämtliche an den Bewegungen beteiligte Personen beträgt der erzielte Mehrverdienst pro Jahr 8 468 980 Mark. Das ist in einem Krisenjahr wahrlich keine »Sisyphusarbeit«. Die gewaltige Bedeutung der Gewerkschaften für die sozialwirtschaftliche Hebung der Arbeiterschaft ergibt sich klar aus den Feststellungen des Jahrbuchs der Holzarbeiter über den Einfluß der Konjunktur auf die Lohnbewegungen. Wenn man die Ergebnisse der Lohnbewegungen der Krisenjahre 1908 und 1913 mit einander vergleicht, so muß man konstatieren, daß die Lohnbewegungen im Jahr 1913 viel erfolgreicher verlaufen sind als im Jahr 1908. Im Jahr 1908 waren im Reichsdurchschnitt 4,64 % arbeitslos, 1913 stieg diese Ziffer auf 5,10 % an. Und trotzdem erreichten von je 100 an den Lohnbewegungen beteiligten Personen im Jahr 1913 80,6 eine Verkürzung der Arbeitszeit, 1908 dagegen nur 26,7. Im Jahr 1913 setzten von 100 Personen 84,5 eine Lohnerhöhung durch, 1908 dagegen nur 52,4. Der Prozentsatz der ganz erfolgreichen oder teilweise erfolgreichen Streiks und Aussperrungen war im Krisenjahr 1913 72,7, im Krisenjahr 1908 dagegen nur 56,4. Mit Recht kann auf Grund dieser Feststellungen der Verbandsvorstand der Holzarbeiter triumphierend ausrufen: »Besser als in diesen Zahlen kann die steigende Macht und Stärke des Verbands wohl nicht bewiesen werden. Sein Einfluß vermag heute auch den Schwierigkeiten der schlechten Konjunktur standzuhalten.«

In dem Jahrbuch der Holzarbeiter verdient der Abschnitt Unfallschutz an Holzbearbeitungsmaschinen die weitestgehende Beachtung der Sozialpolitiker. Da hat sich zum Beispiel die Zentralkommission der Maschinenarbeiter an die an Holzbearbeitungsmaschinen Beschäftigten gewandt, um eine systematische Überwachung der für die Holzindustrie in Betracht kommenden Unfallschutzrichtungen herbeizuführen. Gerade die Selbsttätigkeit der Arbeiterverbände kann auf dem Gebiet des Unfallschutzes gründlichen Wandel schaffen. Von nicht geringerer sozialpolitischer Bedeutung sind die Ausführungen des Jahrbuchs über die sozialpolitischen Forderungen des Verbands. Diese Forderungen beziehen sich unter anderem auf die Ver-

gebung von Geschloßkorblieferungen durch die Heeresverwaltung, auf den Schutz gegen Feuersgefahr in den Zelluloidbetrieben, auf die Gefängnis Konkurrenz in der Stockindustrie, auf die Schädigung der Industrie chirurgischer Instrumente, auf die Unterstützung der durch das Tabaksteuergesetz arbeitslos Gewordenen, auf die Forderungen zur Lehrlingsfrage, auf den Schutz gegen Milzbranderkrankungen und schließlich auf den Schutz gegen die Berufsgefahren der Vergolder. Gerade die sozialpolitische Tätigkeit des Holzarbeiterverbands ist sehr umfassend. Sie spricht sich in seinen zahlreichen Enqueten über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse seiner Verbandsmitglieder aus.

So veröffentlichte der Holzarbeiterverband jüngst die Ergebnisse einer statistischen Erhebung vom November 1912 über die Lage der Arbeiter im Drechslergewerbe. Aus den Ergebnissen dieser Statistik seien folgende Feststellungen herausgehoben: An der Statistik sind etwa 587 Betriebe mit 5568 Beschäftigten beteiligt. Im Jahr 1892 waren erst 46 % der Betriebe, in denen 52,5 % der beteiligten Beschäftigten arbeiteten, mit künstlicher Antriebskraft ausgerüstet, in der jetzigen Statistik dagegen sind nur noch 7 % der Betriebe Fußbetriebe, und nur 1,7 % der beteiligten Arbeiter sind in ihnen tätig. Sehr bezeichnend für den Drechslerberuf ist die wachsende Zahl der leerstehenden Drehbänke. So standen zur Zeit der Erhebung 23,2 % der Drehbänke leer. Mit dem wachsenden Einfluß der Maschine und mit der Aufteilung der Drechslerei in Spezialgeschäfte werden die gelernten Drechsler immer stärker zurückgedrängt. Von allen an der Enquete beteiligten Betrieben waren nur noch 46,1 % gelernte Drechsler. Stark breitet sich hier die Frauenarbeit aus. So waren in der Federhalterbranche allein 46,6 %, also beinahe die Hälfte Frauen. Die Enquete ermittelte eine durchschnittliche Arbeitszeit von 9,7 Stunden pro Tag und von 56,3 Stunden pro Woche, und einen durchschnittlichen Wochenlohn von 25,72 Mark. Unter je 100 Arbeitern, die an der Erhebung beteiligt waren, befinden sich 30, deren Wochenverdienst unter 20 Mark beträgt.

Der Holzarbeiterverband erfaßte ferner in der statistischen Erhebung vom November 1912 die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Holzwarenindustrie und gab die Resultate unter dem Titel Die Arbeitsverhältnisse

in den Betrieben der Holzwarenindustrie heraus. In dieser Statistik sind die Arbeits- und Lebensverhältnisse von 15 685 Arbeitern ermittelt. Die durchschnittliche Arbeitszeit in den beteiligten Betrieben betrug 10 Stunden täglich und 58,7 Stunden wöchentlich. Der durchschnittliche Wochenverdienst für alle Beteiligten stellte sich im Akkord für Arbeiter auf 23,89 Mark, für Arbeiterinnen auf 12,28 und für Jugendliche auf 10,77 Mark; im Lohn dagegen für Arbeiter auf 20,77, für Arbeiterinnen auf 9,91 und für Jugendliche auf 9,81 Mark. Der Durchschnittsverdienst für Tischler, Drechsler, Polierer, Bildhauer, Stellmacher und Korbmacher betrug 23,37 Mark, für Maschinensarbeiter 21,42 Mark und für andere Holz- und Hilfsarbeiter 21,84 Mark. Setzt man einen Wochenlohn von 30 Mark als die unterste Grenze für eine ausreichende Lebensführung fest, so erreichen nur 5 % der beteiligten Arbeiter dieses Existenzminimum. Bei 37,6 % der Arbeiter ist ein Wochenverdienst von 20 Mark die Höchstgrenze.

Neben diesen Enqueten ließ die Verlagsanstalt des Holzarbeiterverbands vor kurzem eine für die Erkenntnis des Tarifvertrags wichtige Publikation erscheinen: Tarifverträge des Deutschen Holzarbeiterverbands. Am Ende des Jahres 1913 war dieser kräftig aufstrebende Verband an 1135 Tarifverträgen, die 14 990 Betriebe mit 149 123 Personen umfaßten, beteiligt. Im Jahr 1913 traten allein 282 Tarifverträge für 6283 Betriebe mit 68 048 beschäftigten Personen in Kraft. Mit welcher elementarer Stärke im Holzbearbeitungsgewerbe wirtschaftliche Tendenzen zum Abschluß von Tarifverträgen drängen, beweist die Entwicklung der Tarifverträge in den letzten 7 Jahren. Im Jahr 1907 hatten die organisierten Holzarbeiter erst 454 Verträge für 11 039 Betriebe mit 93 643 Personen abgeschlossen, 1913 dagegen 1135 Verträge für 14 990 Betriebe mit 149 123 Personen. Die vom Holzarbeiterverband abgeschlossenen Tarifverträge sind in alphabetischer Reihenfolge der Städte zusammengestellt, mit Angabe des Datums des Vertragsabschlusses. In welchem großem Umfang bereits der Tarifvertrag die Arbeitsverhältnisse köpfe-reicher Gruppen der Holzarbeiter regelt, zeigt der Tarifvertrag Berlin. Dieser erstreckt sich auf die Arbeitszeit, den Arbeitslohn, die Akkordarbeit, die tariflichen und außertariflichen Akkordarbeiten, die Montagearbeiten, die Lohnbücher, die Lohnzahlung, die Auflösung

des Arbeitsverhältnisses, die Maßregelung, die sanitären Einrichtungen, den Arbeitsnachweis, die Aufgaben der Schlichtungskommission, die Vertragsdauer usw.

× **Tabakarbeiter** ×
In dem Krisenjahr 1913 ging die Zahl der im Tabakarbeiterverband organisierten Arbeiter nicht unerheblich herab: nämlich von 37 211 Mitgliedern auf 31 713. Der Verband verlor in 22 Zahlstellen 5498 Mitglieder. Nach dem Jahresbericht für 1913 hatte der Verband hauptsächlich in Nordwestdeutschland schwere Verluste zu verzeichnen, dort, wo die Lage der Zigarrenbranche am trostlosesten war. Zahlreiche Mitglieder traten auch aus dem Verband aus, weil die Unterstützungseinrichtungen revidiert und in Einklang mit den Mitgliederbeiträgen gestellt wurden. Das soziale Elend der Tabakarbeiter wird in dem Bericht durch die Lohnfeststellungen der Tabakberufsgenossenschaft grell beleuchtet. So wurden in der Zigarrenbranche, in der von 169 614 versicherten Tabakarbeitern allein 142 215 Arbeiter beschäftigt waren, nur Jahresdurchschnittsverdienste von 598 und 635 Mark verzeichnet.

× **Buchbinder** ×
In dem Geschäftsbericht des Buchbinderverbands für das Jahr 1913 wird dieses Jahr als ein »Jahr des Stillstands« bezeichnet. Der Verband mußte am Jahresschluß den Verlust von 51 Mitgliedern konstatieren. Der Verband, der sich fast zur Hälfte aus weiblichen Mitgliedern zusammensetzt (16 781 männliche und 16 596 weibliche Mitglieder), hat sich im allgemeinen im Krisenjahr wacker gehalten. Mußte er doch allein im Jahr 1913 6,36 Mark pro Kopf der Mitglieder an Arbeitslosenunterstützung aufbringen! Diese Belastung hinderte ihn nicht an der Verfolgung einer zielsicheren, die Mitglieder sozial emporhebenden Gewerkschaftspolitik. Er tritt er doch für seine Mitglieder im Jahr 1913 eine Verkürzung der Arbeitszeit von 154 752 Stunden pro Jahr und eine Lohn-erhöhung von 364 624 Mark pro Jahr. Zur Kennzeichnung der gewerkschaftlichen Erfolge des Buchbinderverbands seit dem Jahr 1905 sind folgende Tatsachen von Bedeutung: Seit diesem Jahr wurde für 37 013 Mitglieder die Arbeitszeit um 2 606 968 Stunden pro Jahr gekürzt, und für 47 845 Personen wurde der wöchentliche Verdienst um 65 724

Mark oder pro Jahr um 3 417 648 Mark erhöht. Der Tarifvertrag hat im Buchbindergewerbe eine große Ausdehnung gewonnen. So bestanden am 31. Dezember 1913 nach der Verbandsstatistik der Buchbinder 130 Tarife, die in 2018 Betrieben mit 32 619 Mitgliedern die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich regelten.

Sehr verdienstvoll sind die Bestrebungen des Verbands eine zuverlässige und übersichtliche Unfallstatistik zu schaffen. So werden die Gau- und Ortsverwaltungen des Verbands aufgefordert überall Einrichtungen zu schaffen, daß in Zukunft bei jedem vorkommenden Betriebsunfall der Verletzte aufgesucht und seine Angaben über den Unfall korrekt aufgezeichnet werden können.

× **Fabrikarbeiterverband** ×
Der Verband der Fabrikarbeiter behauptete sich im schweren Krisenjahr 1913 sehr tapfer. Er verlor im ganzen nur 213 Mitglieder und zählte 1913 noch 207 384 Mitglieder. Das Jahrbuch für das Jahr 1913 enthält sehr viel interessantes sozialstatistisches Material über die Lage der chemischen Industrie, der Gummiwarenindustrie, der Kaliindustrie, der keramischen Industrie, der Zuckerindustrie, der Papierindustrie und der Kartoffeltrocknung. Die Lohnverhältnisse in der chemischen Industrie, in den Ziegeleien, in der Zementindustrie, in der Zuckerindustrie und in der Papierindustrie werden eingehend erörtert. Der geringen Lohnsteigerung in diesen Industrien wird das mächtige Emporschießen der Dividenden gegenübergestellt. Im Berichtsjahr führte der Verband 622 Bewegungen zu Ende, davon 459 mit 29 584 Beteiligten mit Erfolg. Für 9382 Personen wurde eine Arbeitszeitverkürzung von 22 099 Stunden pro Woche und für 39 570 Personen pro Woche 60 607 Mark Lohnerhöhung oder 3 151 504 Mark pro Jahr erstritten.

× **Österreich** ×
Das Organ der Gewerkschaftskommission Österreichs Die Gewerkschaft brachte eine Übersicht über die Stärke und Leistungsfähigkeit der internationalen Gewerkschaften Österreichs. Die Gesamtorganisation wies 1912 419 588 Mitglieder auf, 1913 dagegen 415 195. Die Organisationen hatten nur einen Abgang von 4393 Mitgliedern = 1,02 % aller Mitglieder. Die Einnahmen sind, ausschließlich des Streikfonds, von rund 9 970 000 Kronen im Jahr 1912 auf

rund 10 036 000 Kronen, also um rund 66 000 Kronen gestiegen. Diesen Einnahmen stehen die Ausgaben von rund 10 058 000 Kronen gegenüber, und sie ergeben zum erstmal eine Mehrausgabe und zwar von rund 22 000 Kronen. Die Mehrausgaben sind vor allem für Unterstützungszwecke erforderlich gewesen. Obenan steht die Arbeitslosenunterstützung mit über 2,2 Millionen Kronen. »Die Wirkungen der Balkankrise, die im Berichtsjahr zum vollen Ausdruck kamen, lassen sich zahlenmäßig für die Arbeiterschaft und ihre Not beweisen.«

× ×
Kurze Chronik Nach den Erhebungen der Wiener Gewerkschaften, die sich über 131 298 Mitglieder erstrecken, waren im Jahr 1913 insgesamt 50 907 Personen arbeitslos. 26 346 Arbeitslose wurden mit 1,2 Millionen Kronen unterstützt. × Der belgische Metallarbeiterverband ging im Jahr 1913 von 29 656 auf 26 356 Mitglieder zurück.

Sozialpolitik / Johannes Heiden

Krieg und Sozialpolitik Der gewaltige Krieg, der seit Jahren die Völker Europas bedroht hat, ist Wirklichkeit geworden. Deutschland, dessen Volk den Frieden wollte, und dessen Regierung mit großem Eifer und heiligem Ernst bis zum letzten Augenblick für den Frieden gewirkt hat, ist von allen Seiten überfallen worden. Das deutsche Volk ist zu einem Krieg gezwungen, in dem nicht nur seine wirtschaftliche und soziale Weiterentwicklung, sondern seine nationale Existenz auf dem Spiel steht. In solcher Zeit haben alle anderen Auseinandersetzungen zu schweigen, und alle Kräfte müssen der Verteidigung der Nation dienen. Der Gegensatz, der unser Volk spaltet, und der auf sozialpolitischem Gebiet zum mindesten so stark ist wie auf politischem und wirtschaftlichem, ist für die Zeit der Not überwunden. Alle Klassen haben jetzt nur ein Interesse, das der Selbsterhaltung des eigenen Volkes. Und für dieses gemeinsame Interesse haben alle Klassen gehandelt. Von der Arbeiterklasse fordert der Kampf um die nationale Existenz ungeheure Opfer. Sie muß den größten Teil der waffentragenden Männer und damit der Menschenopfer stellen. Die Angehörigen der im Feld stehenden Verteidiger sind in der Heimat nur mangelhaft versorgt. Vielen

anderen wird der Krieg Arbeitslosigkeit und Entbehrung bringen. In die Sozialpolitik im engern Sinn hat der Krieg durch Suspendierung sozialpolitischer Vorschriften eingegriffen. Von der Reichsversicherungsordnung sind die mißlungenen Vorschriften für die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden außer Kraft gesetzt. ihre Durchführung wurde Arbeit erfordern, die jetzt nicht geleistet werden kann. Die Leistungen der Krankenkassen sind auf das Mindestmaß herabgesetzt. die Sonntagsruhe ist teilweise aufgehoben, und auch die Vorschriften des Arbeiterschutzes sind zum Teil außer Wirksamkeit. Wie die Arbeiterklasse mit ernster Entschlossenheit die Blutopfer des Kriegs bringt, so wird sie auch die Opfer der Außerkräftsetzung der Sozialpolitik tragen, die notwendig sind. Im Krieg müssen alle mehr leiden als im Frieden, auch die, die nicht ins Feld rücken. Der Kampf um sozialpolitische Maßnahmen schweigt jetzt, wo alle Klassen einzig sind die Sicherheit und Selbständigkeit des nationalen Staats bis zum Äußersten zu verteidigen.

× ×
Heimarbeit: Der Bundesrat hat unterm **Fachaus-** 18. Juni 1914 die Bestimmung-
schüsse mungen über Errichtung und Zusammensetzung der Fachausschüsse für die Heimarbeit erlassen, die im Hausarbeitsgesetz vom Jahr 1911 vorgesehen sind. Sie enthalten in der Hauptsache neben der Wiedergabe der gesetzlichen Vorschriften Anordnungen über die Wahl der Vertreter zu den Fachausschüssen und über die Anforderungen für die Wählbarkeit. Die Fachausschüsse sollen nach der Absicht des Gesetzes nicht Organe sein, die von den beteiligten Unternehmern und Arbeitern gewählt werden, sondern den Regierungen soll auf ihre Zusammensetzung maßgebender Einfluß zustehen. Die Regierung ernennt den Vorsitzenden des Ausschusses, die beiden Beisitzer und bestimmt die Zahl der Vertreter der Hausgewerbetreibenden und der Hausarbeiter. Von diesen Vertretern ernennt sie auch noch für jede Gruppe die Hälfte. Daß sie vor der Ernennung der Vertreter beteiligte Gewerbetreibende und Hausarbeiter hören muß, tut ihrem freien Wahlrecht keinen Abbruch, denn die Berücksichtigung der Wünsche der Beteiligten ist ihr nicht zur Pflicht gemacht, ja sie braucht nicht einmal die Ablehnung der Wünsche zu begründen

Für den Vorsitzenden und die Beisitzer hat die Landeszentralbehörde mindestens je einen und für die von ihr ernannten Vertreter je einen Stellvertreter zu bestellen. Der Vorsitzende und sein Vertreter dürfen nicht zu den beteiligten Gewerbetreibenden und Hausarbeitern gehören. Von den durch die Regierung ernannten Vertretern der Gewerbetreibenden und Hausarbeiter wird in gemeinsamer Wahl von jeder Gruppe die andere Hälfte der Vertreter gewählt. Von einer unmittelbaren Wahl durch die Beteiligten ist also nicht die Rede, sondern die von der Regierung ausgesuchten Vertreter bilden den Wahlkörper.

Zu Vertretern können nur Deutsche, die das 30. Lebensjahr vollendet haben und sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, ernannt oder gewählt werden; weitere Voraussetzung ist die Zugehörigkeit zum Gewerbe für mindestens ein Jahr. Um den Arbeiterinnen eine Vertretung zu sichern, hat die Aufsichtsbehörde für solche Gewerbebezüge, in denen Hausarbeiterinnen in größerer Zahl beschäftigt werden, zu bestimmen, wie viele von den zu wählenden Vertretern der Hausarbeiter und ihren Stellvertretern Hausarbeiterinnen sein müssen.

Als Aufgaben sind den Fachausschüssen die Unterstützung der Staats- und Gemeindebehörden durch tatsächliche Mitteilungen und Gutachten, die Mitwirkung bei Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in den Ausschüssen vertretenen Gewerbebezüge, Anregung zu Veranstaltungen und Maßnahmen, die die Hebung der wirtschaftlichen Lage und der Wohlfahrt des Hausarbeiters zum Zweck haben, Ermittlung des tatsächlichen Verdienstes der Hausarbeiter durch Befragung von Auskunftspersonen, Begutachtung der Angemessenheit des Verdienstes, Erstattung von Vorschlägen für die Vereinbarung angemessener Verdienste, Förderung des Abschlusses von Lohnabkommen und Tarifverträgen und Erstattung von Gutachten über die zur Durchführung des Hausarbeitsgesetzes erforderlichen Maßnahmen zugeordnet. Die wichtigste Aufgabe, die Ermittlung des tatsächlichen Verdienstes der Hausarbeiter und die Begutachtung seiner Angemessenheit, dürfen die Fachausschüsse aber nicht von sich aus betreiben, sondern nur auf Ersuchen von Behörden.

Der Vorsitzende des Fachausschusses führt dessen laufende Geschäfte. Die

Sitzungen der Ausschüsse sind nicht öffentlich, und aus den Protokollen über die Sitzungen darf nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde etwas veröffentlicht werden. Der Aufsichtsbehörde, als welche die höhere Verwaltungsbehörde bestimmt ist, steht das Recht zu in die Sitzungen der Fachausschüsse Vertreter zu entsenden, die auf Verlangen jederzeit gehört werden müssen. Die Beschlüsse der Ausschüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt; bei Stimmengleichheit gibt der Vorsitzende den Stichentscheid. Dies gilt nicht für die Erstattung von Gutachten; hierbei muß zuerst die Abstimmung der Vertreter erfolgen, und wenn sich ergibt, daß jede Gruppe geschlossen gegen die andere entscheidet, so wird das Gutachten nicht abgegeben.

Die Kosten der Ausschüsse tragen die Bundesstaaten. Die Aufsichtsbehörde hat das Nähere wegen der Verausgabung der vom Staat zur Verfügung gestellten Beträge zu bestimmen. Für welche Erwerbszweige und Bezirke Fachausschüsse errichtet werden sollen, ist noch nicht bestimmt.

× **Ortskrankenkassen** - Der Hauptverband der Ortskrankenkassen Deutschlands hielt in den Tagen vom 13. bis zum 15. Juli seine 1. Jahresversammlung unter der vollen Herrschaft der Reichsversicherungsordnung in Darmstadt ab. Die Beteiligung war geringer als in den letzten Jahren, was zum Teil auf das Eingehen einer Anzahl von Ortskrankenkassen, zum Teil auch auf die Verfügung des preussischen Handelsministers, die den Kassen nur die Entsendung von 1 bis 3 Vertretern erlaubt, zurückzuführen ist. Unter den Verhandlungsgegenständen war auch die Salvarsanbehandlung Syphilitischer. Der Vortragende, Professor Herxheimer von der Hautklinik des Frankfurter Krankenhauses sprach sich mit Entschiedenheit für die kombinierte Salvarsan-Quecksilber-Behandlung aus, die die besten Erfolge aufzuweisen habe; sie sei auch für die Krankenkassen billiger als jede andere Behandlung, weil sie schneller zur Heilung führe und Rückfälle ausschließe oder doch erheblich einschränke. Die Vertreter nahmen eine Resolution an, die den Kassen die Anwendung des Salvarsans empfiehlt. Fast einstimmig wurde das sogenannte Berliner Abkommen zwischen dem Leipziger Verband der Ärzte und dem Hauptverband der Ortskrankenkassen

vom 23. Dezember 1913 genehmigt, wodurch die Ortskrankenkassen aufs neue ihre Bereitschaft mit den Ärzten in Eintracht zu arbeiten bestätigt haben.

In seinem Vortrag über die Entwicklung des Rechts der Kassenbeamten empfahl Justizrat Mayer (Frankenthal) in Zukunft den Angestellten kein Anrecht auf Ruhegehalt zu gewähren, damit sie nicht mit der Eigenschaft von Gemeindebeamten bekleidet und der Disziplinalgewalt der Staatsbehörden ausgeliefert werden können.

Ohne Widerspruch zu finden, hatte der Vorsitzende des Verbands, Fräßdorf, in seiner Eröffnungsrede die Gewährung möglichst vieler Mehrleistungen trotz aller Erschwerungen durch die Reichsversicherungsordnung als das Ziel bezeichnet, dem der Verband und jede einzelne Kasse zustreben müsse. Die Erreichung des Ziels wird durch Ersparnisse und Heranziehung aller Mitglieder zu den Beiträgen, die ihrem Einkommen entsprechen, gefördert. Ersparnisse können durch unmittelbare Abgabe von Arzneien und Heilmitteln an die Mitglieder gemacht werden, wobei ein großer Teil des Händler- und Apothekergewinns den Kassen zugute kommt. Diesen Weg zu gehen empfahl der Vorsitzende der Frankfurter Ortskrankenkasse Graf. Die Heranziehung aller Mitglieder zu Beiträgen, die ihrem Einkommen entsprechen, ist den Kassen durch die Reichsversicherungsordnung verwehrt. Sie gestattet Mitgliedern, die wegen Wegfalls der Voraussetzungen für die Pflichtmitgliedschaft sich freiwillig versichern, zur untersten Lohnklasse überzutreten. Wenn hiervon Arbeitslose gelegentlich Gebrauch machen, so ist dagegen nichts zu sagen. Sehr viel benutzen aber Angestellte, die wegen Überschreitens der Gehaltsgrenze nicht mehr versicherungspflichtig sind, die neue Vorschrift, um sich für wenige Pfennige Beitrag ärztliche Hilfe und Arznei zu sichern. Um dem zu steuern und die Vergünstigung nur Arbeitslosen zu gewähren, hat der Kongreß eine Änderung der Reichsversicherungsordnung dahin gefordert, daß der Übertritt freiwilliger Mitglieder in eine niedrigere Lohnklasse nur bis zur Dauer von 6 Monaten gestattet sein soll.

× **Gewerkschaften und Sozialpolitik** ×
Der 9. Gewerkschaftskongreß, der vom 22. bis zum 27. Juni in München tagte, hat sich mit vielen Fragen der Sozialpolitik befaßt. In einer allgemeinen Re-

solution setzt er dem Verlangen der Industriellen nach Stillstand in der Sozialpolitik den Ruf nach Fortschritt entgegen und fordert im einzelnen Verbesserung des Schutzes gegen Unfallgefahren, Verbesserung des Schutzes der Heimarbeit, Änderung der Vorschriften über Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden und Gleichstellung dieser Gruppe mit den gewerblichen Arbeitern. Zur Arbeitslosenfürsorge fordert der Kongreß Einrichtungen zur Organisation der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenversicherung durch das Reich.

Sehr bestimmt hat die Vertretung der Gewerkschaften sich gegen die Vorschläge des Vorsitzenden des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, Dr. Freund, gewendet, von denen sie eine Stärkung der Bürokratie und der Unternehmer und eine Schwächung der Arbeiter in den Verwaltungen der Arbeitsnachweisanstalten befürchtet.

Weiter nahm der Kongreß noch Stellung zu den Angriffen auf das Koalitionsrecht durch Unternehmer und Behörden und zur Frage der gesetzlichen Regelung der Tarifverträge.

Die gesamten Verhandlungen zeugen von einer tiefen Sachkenntnis, auf die die Arbeiterschaft stolz sein kann. Erfreulich ist auch, daß der Kongreß dem Versuch die Mitgliedschaft bei der Gesellschaft für soziale Reform als unvereinbar mit den Aufgaben eines Gewerkschafters zu erklären eine glatte Absage erteilt hat. Die Gewerkschafter haben gewiß keine Ursache jede Gemeinschaft mit Leuten zu vermeiden, die doch mit ihnen auf dem Weg sozialpolitischer Maßnahmen ein gutes Stück zusammengehen.

× **Kurze Chronik** ×
Die Konferenz der Arbeitersekretäre in München am 29. und 30. Juni erörterte die Frage der Herausgabe einer sozialpolitischen Zeitschrift durch die Generalkommission der Gewerkschaften. Von Vertretern der Generalkommission wurde erklärt, daß die Abtrennung der Arbeiterrechtsbeilage vom Korrespondenzblatt und ihre Erweiterung geplant sei. Das wird keine glückliche Lösung werden. Die Aufgaben der Arbeiterrechtsbeilage und die eingehende Erörterung sozialpolitischer Probleme können nicht in einem Organ erledigt werden. × Das neue schweizerische Fabrikgesetz ist am 17. Juni vom Nationalrat einstimmig angenommen worden. Es setzt das Schutzalter

für die Jugendlichen auf das 18. Jahr hinaus, verbietet die Nacharbeit für Frauen und Jugendliche und bringt den erwachsenen Männern den Arbeitstag von 10 Stunden. × Die belgische Kammer hat am 8. Mai ein Arbeiterversicherungsgesetz angenommen, das Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung vorsieht. × In der französischen Kammer ist von einigen Abgeordneten ein Gesetzentwurf eingebracht worden, der einen frühern Schluß der Arbeitsstätten für die Tage vor Sonn- und Feiertagen vorschreibt. × In Amerika ist eine Bewegung entstanden, die darauf hinausgeht den Sonnabend für die Angestellten großer Kaufhäuser arbeitsfrei zu machen. Das sind sehr schöne Ziele. Nur dürfen sie nicht durch vermehrte Arbeitslast und größere Hetze an den anderen Tagen erreicht werden. Die stete Zunahme der Nervosität innerhalb der Arbeiterschaft sollte von Steigerung der Intensität der Arbeit abhalten.

× **Literatur** Ein umfangreiches Werk Wohlfahrtspflege und Caritas im Deutschen Reich, Deutsch Österreich, der Schweiz und Luxemburg hat Dr. Wilhelm Liese im Volksvereinsverlag in München-Gladbach herausgebracht. Das Buch bringt in seinem 1. Teil einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Caritas, dem eine Schilderung der kirchlichen und weltlichen Organisationen, die auf dem Gebiet der Caritas und Wohlfahrtspflege tätig sind, folgt. Im 2. Teil werden in ausführlicher Weise Stand und Probleme der Wohlfahrtspflege erörtert. Daß sein katholischer Standpunkt dem Verfasser die von Katholiken geschaffenen Einrichtungen als die besten erscheinen läßt, ist nicht verwunderlich. Das dürfte aber nicht zu einer Beurteilung der Arbeiten anderer Organisationen führen, die nicht als berechtigt anerkannt werden kann. Wenn der Verfasser von Vermischung bedenklicher Mutterschutzbestrebungen mit Säuglingsfürsorge im Bund für Mutterschutz spricht, so würde er wohl in Verlegenheit kommen, wenn er sein Urteil begründen sollte. Auffallen muß auch die starke Hervorhebung der von katholischer Seite ins Leben gerufenen Bestrebungen zur Nüchternheitsbewegung. Daß daneben aber der internationale Guttemplerorden, von dem jeder, er mag zu ihm stehen wie er will, anerkennen muß, daß er zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs mehr getan hat als

alle katholischen Vereinigungen zusammen, nur ganz kurz erwähnt wird, und daß der Arbeiterabstinentenbund, der mit großem Geschick und Erfolg die Sache der Abstinenz in Arbeiterkreisen vertritt, gar nicht genannt wird, ist ein unverständliches Verfahren. Hier scheint ebenso wie bei Erwähnung der sozialdemokratischen Jugendbewegung die Gegnerschaft das Urteil doch zu stark beeinflußt zu haben. Den Schluß des Buches bildet eine Übersicht der katholischen caritativen Anstalten und Vereine im deutschen Sprachgebiet. × Von der Schrift des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Paul Kaufmann Schadenverhütendes Wirken in der deutschen Arbeiterversicherung /Berlin, Vahlen/, deren 1. Auflage hier (1914, 1. Band, pag. 67) besprochen wurde, ist jetzt schon die 2. Auflage herausgekommen. Möge es dem Buch beschieden sein den Organen der Versicherungsträger nicht nur den hohen Wert der Verhütung von Krankheit, Invalidität und Unfall klarzumachen sondern sie auch zu immer größerer Betätigung auf dem Gebiet der Vorbeugung anzuspornen. × Den vielen Führern durch die Reichsversicherungsordnung oder ihre einzelnen Teile hat Dr. Rudolf Schlottmann, ständiges Mitglied des Reichsversicherungsamts, einen weitem folgen lassen: Wie gelangt ein Unfallverletzter zu einer Entschädigung? /Berlin, Springer/. Das Buch ist für seinen Zweck dem Verletzten den Weg zu zeigen, wie er im Streit mit den Berufsgenossenschaften ohne sachverständige Hilfe seine Interessen wirksam vertreten kann, etwas zu umfangreich geworden. Das liegt weniger am Verfasser als an der Sache, die eben etwas vielgestaltig ist. Damit ist aber auch gesagt, daß es dem Verletzten sehr oft gar nicht möglich ist ohne Hilfe seine Interessen genügend zu vertreten. Und hieran werden Führer durch die Gesetze für die große Mehrzahl der Verletzten nichts ändern. Das Buch Dr. Schlottmanns zeichnet sich durch übersichtliche Anlage und sorgfältige Bearbeitung aus.

WISSENSCHAFT

Psychologie / Georg Chaym

Rechtspsychologisches Experiment Die Zeitschrift für angewandte Psychologie brachte vor einiger Zeit einen Bericht über ein äußerst interessantes rechtspsychologisches Experiment, das in der Wiener Freien juristischen Ver-

einigung angestellt worden ist. Im Anschluß an einen Vortrag kam es zu einer vorher verabredeten, in ihren Einzelheiten genau festgesetzten Streitszene. Es wurde dann ein Protokoll auf Fragebogen vorgenommen und darauf eine gegenseitige Klage gegründet, die (das ist das Neue daran) die Grundlage zu einem öffentlichen Verhandlungsexperiment bildete. Es wurden zwei unmittelbar auf einander folgende Prozesse inszeniert; das Richterkollegium des ersten bestand aus psychologisch geschulten Nichtjuristen, das des zweiten aus Berufsjuristen (die den Verhandlungen des ersten Kollegiums nicht beiwohnten). Zuerst interessiert das Ausgangsmaterial. An Stellen, die für die Teilnehmer mit großer Erregung verbunden sind, steigt zuerst die Auffassungs- und Erinnerungsfähigkeit, sinkt aber bald darauf und mit ihr die Kontinuität und Inhaltlichkeit der Aussage. Was die Richtigkeit der Aussagen anlangt, so ist (abgesehen von der fast allgemeinen Unmöglichkeit die gehörten Äußerungen wörtlich zu reproduzieren) eine Tendenz zur Verschärfung vorhanden. Über den Ursprung verschiedener inkriminierter Ausdrücke wurden die verschiedensten Angaben gemacht, je nach der Stellungnahme der Zeugen zu den Klagen. Das heißt, etwaige schwache Aufnahme- und Erinnerungsfähigkeit wurde noch durch *Schlaffolgerungen* überdeckt. Nicht unwesentlich ist, daß die Aussagen der Fragebogen mit den mündlichen Aussagen nur zum Teil übereinstimmen. So zeigt sich bei einigen Zeugen während der Verhandlung eine Suggestion durch den Klageinhalt. Für die Richterpsychologie ist bezeichnend, daß die Richter, obwohl sie die Aufgabe hatten den Tatbestand zu rekonstruieren, ohne Rücksicht auf juristische Erwägungen, dennoch ihr Augenmerk ganz besonders auf denjenigen Teil des Vorgangs richteten, der juristische Bedeutung für die Klage hatte. Wieviel mehr mag dies noch in der Wirklichkeit zutreffen! Übrigens stimmten die Rekonstruktionen beider *Gerichtshöfe* mit dem Tatbestand nicht überein. Eine genauere Schilderung dieses wichtigen Versuchs findet man in der *Allgemeinen österreichischen Gerichtszeitung*.

×
Lüge

Daß einem Lügner die Lüge auf der Stirn geschrieben steht, ist zutreffende Vulgarpsychologie. Wie ist es aber, wenn

der Lügner sich zu beherrschen sucht? Auch in anderen Fällen zeigen uns Registrierapparate körperliche Äußerungen an, die wir wohl unterdrücken möchten, deren Lenkung jedoch nicht in unserer Gewalt steht. Besonders die Atmung ist ein sehr empfindliches Reagenz gegenüber seelischen Veränderungen. Atmen wir nun merklich anders, wenn wir aufrichtig sind, und anders, wenn wir lügen? Diese Frage zu beantworten und, auf sie gestützt, eine psychologische Analyse des Lügenkomplexes zu geben, versucht mit viel Glück (und dem bei ihm bekannten Geschick) V. Benussi aus Graz (Atmungssymptome der Lüge, im Archiv für die gesamte Psychologie /Leipzig, Engelmann/). Um eine Vergleichungsinstanz für den Wert der Atmungsdiagnose zu haben, ließ Benussi die betreffende Aussage der Versuchsperson gleichzeitig von einer Anzahl Beobachter auf ihre Wahrhaftigkeit hin beurteilen. Die Versuchsanordnung war in der Hauptsache folgende: der Versuchsperson wurden nach einander Zettel gegeben, die mit Buchstaben, Ziffern und einer Zeichnung beschrieben waren. Über jeden Zettel mußte eine seinen Inhalt betreffende Aussage gemacht werden. Aber eine Reihe Zettel war durch ein Sternchen als Lügenzettel gekennzeichnet, das heißt, die Versuchsperson sollte unter möglichster Verstellung eine unwahre Aussage machen. Dabei wurde sie von den Begutachtern scharf beobachtet, die ihre Begutachtung zu Protokoll gaben. Puls und Atmung der Versuchsperson wurden genau registriert, und zwar 3 bis 5 Atemzüge vor und nach der Aussage. Die ersten fallen gerade in die Zeit, die zwischen Anblick des wirklich oder scheinbar vorzuliesenden Inhalts und Beginn der Lektüre verstreicht. Festgestellt wurde in beiden Fällen das Verhältnis von Inspirations- und Expirationsdauer, das heißt also die Innervation der Atmungsmuskulatur. Die wichtigsten Ergebnisse sind folgende: Die Prozentzahl der richtigen und der unrichtigen Begutachtungen zeigt, daß die Wahrheitsfälle wie die Lügefälle nur in rund 50 % richtig beurteilt worden sind; die Verlässlichkeit der Begutachtungen ist also gering. Juristisch interessant ist, daß in vielen Fällen die Begutachter auf Lüge aussagten, während die Versuchsperson sich nur versprochen hatte. »Die Aufrichtigkeitsbedeutung, die man dem Widerspruch zuschreibt, geht in ihrer Exklusivität nur auf psychologische Unkenntnis zurück.« Als Atmungssymptom der Lüge läßt sich mit

größter Sicherheit feststellen, daß bei der Lüge die Einatmungsinervation in der Atmungsphase vor der Aussage kräftiger ist als in der der Aussage folgenden Phase, bei der Wahrheit ist es umgekehrt. Bei der Lüge also ist die Dauer der Einatmung vor der Aussage kürzer als nach der Aussage. Und dies in allen Fällen. Auch die Verstellungsfähigkeit findet in der Atmungsinervation ihren entsprechenden Ausdruck. Ihre, hier in der Kürze nicht darstellbare, Begründung finden diese Atmungssymptome in der Aufmerksamkeitsspannung, Erregung und Unlust, die mit der Lügeaussage verbunden sind. Dabei zeigten dann noch Versuche mit Scheinlügen, das heißt solchen, bei denen Begutachter und Versuchsperson wußten, wann ein Lügefall kommt, und bei denen die Atmungssymptome der Wahrheit auftraten, daß nicht die intellektuelle Lage des Lügenden, sein Überzeugenwollen die Atmungsänderung hervorruft, sondern das Gefühlsmoment der Lüge. Schließlich wurde die wichtige Frage, inwieweit es möglich ist jene Symptome durch vorsätzliche Atembeeinflussung zu beseitigen oder zu verschleiern, durch Versuche dahin beantwortet, daß das vorhin erwähnte Verhältnis der Atmungsdauer trotz der gegenteiligen Bemühungen der Versuchsperson sich nicht änderte.

Man kann nun sagen, hier habe man wieder einmal so einen Fall von Laboratoriumspsychologie; jenen Versuchen fehle doch vollkommen jede *Lebensnähe*. Dieser Einwand trifft hier nicht zu. Es fehlte zweifellos ein Wesentliches der gewöhnlichen Lüge, die ethische Hemmung; aber gerade dadurch nähert sich der Versuch sehr dem Zustand des echten Lügners, der keine ethischen Hemmungen kennt.

Man darf der Veröffentlichung von Benussis neuen Versuchen zu diesem Problem, besonders den angekündigten Versuchen über Falschspielen, mit großem Interesse entgegensehen.

×
Institute

Es ist an dieser Stelle schon oft betont worden, daß es für die ruhige und ernste Entwicklung der exakten Psychologie vielleicht gefährlich ist, wenn ihre *praktischen Anwendungen* so stark in den Vordergrund treten, wie es jetzt geschieht. Deswegen werden wohl manche der sehr, sehr großen Emsigkeit nicht recht froh, mit der zum Beispiel gerade im Gebiet der experimentellen pädagogischen Psychologie gearbeitet wird. Einen Ausdruck findet diese Anstrengung in

den Gründungen diesbezüglicher Arbeitszentralen, von denen jetzt wieder 2 zu melden sind. Von der Hamburger Ortsgruppe des Bundes für Schulreform und anderen Kreisen wurde ein internationales Institut für Jugendkunde gegründet. Das Hamburger psychologische Institut und hervorragende psychiatrische Anstalten Hamburgs haben ihre Unterstützung zugesagt. Zur Bearbeitung durch geeignete Persönlichkeiten sind bisher folgende Themata in Aussicht genommen: Die Beziehungen zwischen der intellektuellen und sittlichen Entwicklung des Gemüts- und Willenslebens des Kindes, der Nachweis der körperlichen und geistigen Normalleistung des Kindes. Ein Schulmuseum und eine Auskunftsstelle für Jugendbildung und Entwicklung sollen geschaffen werden. Ferner wurde gemeldet: Der Kaiser hat eine Stiftung genehmigt, die den Namen Jubiläumsstiftung für Erziehung und Unterricht trägt und ihren Sitz in Berlin hat. Der Zweck der Stiftung ist die Gründung und der Betrieb einer zentralen Sammlungs-, Auskunfts- und Arbeitsstelle für das Erziehungs- und Unterrichtswesen. Dabei darf vielleicht, weil es wenig bekannt ist, daran erinnert werden, daß sich bereits seit einiger Zeit eine derartige staatliche Auskunftsstelle, mit sehr reichhaltiger Bibliothek, in Berlin-Schöneberg, Grunewald St. 6, befindet. Auch die Kaiser Wilhelm-Stiftung zur Förderung der Wissenschaften plant die Errichtung zweier Institute, von denen das eine für die Psychologie, das andere für die Hirnforschung bestimmt sein soll. Sosehr man sich freuen wird, daß nun auch der Psychologie eine *reine*, mit den nötigen Geldmitteln versehene Forschungsstelle gegeben wird, so melden sich doch leise Besorgnisse wegen etwaiger gewisser Begünstigungen, wenn man weiß, daß gerade die Psychologie noch keinen einheitlichen Arbeitsplan hat, und in ihr, was eigentlich kein Zeichen einer exakten Wissenschaft ist, Schulen und Richtungen vorhanden sind. Man darf auf Leitung und Organisation dieses neuen Instituts gespannt sein. Von gut unterrichteter Seite wird allerdings behauptet, die Absicht jener Gründung sei, auch wenn man den Berliner Psychologen Stumpf mit in den Vorstand berufen habe, vorläufig mehr ein Wunsch.

×
Revueen

Mit welchem Hochdruck allenthalben in der Psychologie gearbeitet wird, zeigt sich ungemein deutlich nicht nur

im Anwachsen der allgemein psychologischen Literatur sondern auch in der Zahl der neuerscheinenden psychologischen Zeitschriften. Es seien aus der letzten Zeit die folgenden wesentlichsten erwähnt.

Das Zentralblatt für Psychologie und psychologische Pädagogik, mit Einschluß der Heilpädagogik, herausgegeben von Dr. W. Peters /Würzburg, Kabitzsch/ bzw. zweck/ in objektiven Referaten eine Übersicht der gesamten psychologischen Literatur zu geben. Es füllt zweifellos eine Lücke aus.

In der Zeitschrift für Individualpsychologie, herausgegeben von Dr. A. Adler und C. Furtmüller /München, Reinhardt/, soll im Gegensatz zur bisherigen Psychologie, die ihr Ziel in der Hauptsache in der Aufstellung allgemeiner Gesetze sehe, die Anschauung als fruchtbar erwiesen werden, daß »psychisches Geschehen und seine Äußerungen nur aus dem individuellen Zusammenhang heraus verstanden werden können, daß alle psychologische Erkenntnis beim Individuum anhebt«. Die Forschungsmethode ist die »individualpsychologische Methode der Psychotherapie«, das heißt die Psychoanalyse. Aus dem Inhalt sei angeführt: Ist Individualpsychologie als Wissenschaft möglich?, von A. Neuer; Zur Bewertung der Traumdeutung in der Psychotherapie, von Weinberg; Lebensluge und Verantwortlichkeit in den Neurosen und Psychosen, von Adler.

Die Arbeiten zur Entwicklungspsychologie, herausgegeben von F. Krüger, Professor in Halle /Leipzig, Engelmann/ wollen versuchen eine empiristisch-genetische Theorie des geistigen Lebens zu gewinnen. Das 2. Heft enthält die Arbeit Die Vorstellungen der Tiere von H. Volkelt. In Vorbereitung sind Untersuchungen zur Entwicklungspsychologie der Sprache, des zauberischen Verhaltens, der Religionen und Künste, der Wirtschaft.

Da die vorhandenen Zeitschriften so mit Stoff überfüllt sind, daß das Erscheinen neuer Arbeiten zu lange hinausgeschoben wird, wollen Külle und Bühler in den Münchener Studien zur Psychologie und Philosophie die Arbeiten des Münchener psychologischen Instituts allein erscheinen lassen. Das 1. Heft enthält eine Arbeit von R. Pauli über eine Methode zur Untersuchung und Demonstration der Enge

des Bewußtseins sowie zur Messung der Geschwindigkeit der Aufmerksamkeitschwankungen.

In Gemeinschaft mit Dr. Koffka gibt Pastor Dr. Stählin im Verlag Mohr in Tübingen ein Archiv für Religionspsychologie heraus. Seitdem im Jahr 1912 die Zeitschrift für Religionspsychologie im 6. Jahrgang ihr Erscheinen eingestellt hatte, fehlte es diesem Forschungsgebiet an einem deutschen Publikationsorgan. Es ist daher mit Freude zu begrüßen, daß Stählin, der Begründer der Religionspsychologischen Arbeitsgemeinschaft, diese Arbeiten neu aufgenommen hat. Die Religionspsychologie soll als rein empirische, einzelwissenschaftliche Disziplin betrieben werden, sie soll alles behandeln, was irgendwie als Religion bezeichnet werden kann und eine psychologische Behandlung zuläßt. Sie soll dabei ganz unabhängig von den speziellen Interessen ihrer Nachbargebiete, der Theologie, der Religionsphilosophie usw., vorgehen. Der 1. Band enthält unter anderem 2 Rundfragen über das religiöse Moment in der Biographie und über das Kirchenlied.

Auch die polnische Psychologie besitzt jetzt ein eigenes Publikationsorgan L'année psychologique polonaise; es bringt die Arbeiten aus dem psychologischen Institut in Warschau und wird von E. Abramowski herausgegeben.

Schließlich wird die amerikanische Psychological Review wegen der starken Zunahme an Arbeiten durch eine zweite Revue, das Journal of Experimental Psychology, ergänzt.

Diese Überfülle des Materials erinnert mich an ein etwas skeptisches Wort der letzten Zeit. In einem kleinen, sehr lesenswerten Aufsatz Ziele und Wege der neuern Psychologie (in dem Sammelwerk Das Kind und die Schule /Leipzig, Dürr/) sagt der Berliner Psychologe Stumpf: »Selbst heute bringt uns immer nur eine unter vielen Laboratoriumsarbeiten wirklich einen Schritt weiter. Aber die zahlreichen Mißerfolge schrecken den nicht ab, dem die hohen Ziele und das doch schon erkämpfte Terrain vor Augen stehen.«

X
Kurze Chronik Der internationale
Kongreß für Neurologie,
Psychiatrie und Psycho-
logie sollte in Bern vom 7. bis zum 12.

September stattfinden. Das Programm wies einen sehr reichhaltigen Inhalt auf; erwähnt seien folgende Gegenstände: die Periodizität in der Psychopathologie; Pathogenese und Behandlung der Phobien; die biologischen Grundlagen der Psychologie; Psychologie des Traumes. X Die Internationale Gesellschaft für Sexualforschung wollte vom 31. Oktober bis zum 2. November in Berlin ihren ersten Kongreß veranstalten; er sollte neben einer biologisch-medizinischen und sozial-kulturwissenschaftlichen Sektion eine juristische (einschließlich Kriminalpsychologie) und eine philosophisch-psychologisch-pädagogische haben. X Sogar einen okkultistischen, mediumistischen Kongreß hätte Berlin demnächst beherbergt. Über diesen Kongreß schrieb vor einiger Zeit der Berliner Nervenarzt Dr. von Kapff: »Die Idee, welche dem Kongreß zugrunde liegt, ist folgende: Der moderne Okkultismus erhebt keineswegs den Anspruch eine neue Weltanschauung zu begründen. Er beschränkt sich vielmehr auf die wissenschaftliche Erforschung einer Reihe von Erscheinungen, die dem Seelenleben angehören oder wenigstens nahestehen, und, obwohl unserer Erkenntnis zugänglich, bisher doch noch wenig erforscht sind. Der moderne Okkultismus ist ein wissenschaftliches Neuland, das durch planvolle Arbeit urbar gemacht und immer mehr angebauet werden soll.« X

Literatur Von einem besonders Gesichtspunkt ist der, hier bereits früher einmal in der Rubrik Rechtswissenschaft angezeigte Grundriß der Psychologie für Juristen zu beurteilen, den Otto Lipmann, der verdienstvolle Leiter des Instituts für angewandte Psychologie (den Lesern dieser Zeitschrift noch besonders bekannt als früherer Bearbeiter dieser Rundschau), herausgegeben hat (Leipzig, Barth). Da gerade bei Nichtpsychologen über die methodischen Grundsätze der Psychologie ein von den Physiologen genährtes Vorurteil besteht, halte ich es für sehr wertvoll, daß Lipmann einleitend besonders betont, »daß psychische Phänomene niemals dadurch erklärt werden können, daß man sie auf wirklich beobachtete oder gar nur fingierte physiologische Vorgänge im Gehirn zurückführt«. Die Darstellung, die sich an das Schema: intellektuelle Elemente des Seelenlebens, intellektuelle Funktionen und Komplexe, die emotionale Seite, das

Handeln, hält, erläutert die zu erwähnenden Gesetzmäßigkeiten meist an juristisch interessanten Beispielen, was der Lebhaftigkeit zum Vorteil gereicht. Für juristisch-psychologisch nicht ganz ungefährlich halte ich es das Denken als eine, wenn auch ganz besondere, Art des Assoziierens zu bezeichnen. Das Wort Assoziieren wird ja nun leider in verschiedener Bedeutung gebraucht, wodurch dann eben viele Mißverständnisse entstehen. Assoziieren sollte man nur den Vorgang der Verknüpfung von Vorstellungen nennen; das zwischen diesen Vorstellungen dann bestehende psychologisch gesetzmäßige Verhältnis heißt eine Assoziation. Ruft dann einmal die eine Vorstellung die andere hervor, so geschieht dies infolge der bestehenden Assoziation, ist aber selbst kein Assoziieren! Gewiß betont Lipmann ausdrücklich, daß sich »der Prozeß des Denkens prinzipiell und qualitativ von dem gewöhnlichen Assoziieren« (gemeint ist wohl Reproduzieren durch Assoziation) unterscheidet; aber ich möchte meinen, daß man die Spontanität, die Aktivität des Denkens noch schärfer charakterisieren könnte als nur durch die »Obervorstellung, die gewissermaßen dauernd über dem Ganzen schwebt und sämtliche Assoziationen beherrscht«. Mit besonderem Interesse und Nutzen wird der Jurist die Abschnitte über die Zurechnungsfähigkeit, die sogenannte Tatbestandsdiagnostik, über die Psychologie der Aussage lesen, zumal Lipmann selbst die beiden letzten Gebiete durch wertvolle Beiträge bereichert hat. In der Darstellung der Handlung vertritt Lipmann den deterministischen Standpunkt, dessen Konsequenzen für Strafberechtigung und Strafsystem klar dargelegt werden. Unter den die Zurechnungsfähigkeit statuierenden psychologischen Momenten werden die Intelligenzdefekte und die Methoden zu deren Feststellung eingehender besprochen. Ein umfangreiches Literaturverzeichnis ermöglicht dem Interessierten das Weiterstudium. Die Notwendigkeit einer 2. Auflage beweist den Wert des Büchleins für den Juristen.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Romane Erleben und Dichten und nichts anderes, das ist immer noch der einzige Ratschlag, der den Poeten erteilt werden darf. Die Formel ist stark, und sie behütet den Schreibenden, daß er seine

Phantasie ans Leere, ans Lügenhafte hängt. Das Allergewöhnlichste ist noch gut genug, um einen Dichter zu befeuern. Der Däne Martin Andersen Nexö konnte sogar einen Misthaufen und das Waschen der Bauern und das Aufziehen eines Arbeiterzugs zu großer Höhe, ja sogar zur stilistischen Großartigkeit emporheben. Nun hat Nexö den neuen Roman Überfluß geschrieben /München, Langen/. Liest man ihn, so kommt man beinahe zu dem Verdacht, als habe Nexö, in der Freude oder in dem Zwang eine Herzensbeichte darzulegen, die Dinge seines künstlerischen Erlebens noch vor der Abkühlung angegriffen. Denn es ist doch so, daß im Fieber der Inspiration, daß im stoßenden Drang des Willens noch nicht Poetisches gelingt. Sicher muß der Dichter erst einmal diese ansteckende Krankheit der Visionen vorübergehen und austoben lassen, ehe er das Ordnen beginnt, das Formen der Einfälle und das Harmonisieren der chaotisch tönenden Elemente. Der Titel des Buches ist ein Symbolon: Die Menschen leiden nur, weil von jeder Leidenschaft ein Übermaß in ihre Nerven verschüttet ist. Sie sind entweder zu gut oder zu böse, zu gierig oder zu bescheiden. Das Ebenmaß, das den Schlechtesten und auch den Herrlichsten fehlt, ist nur durch lange, lange Prüfung zu gewinnen. Wenn da zum Beispiel ein Schwindsüchtiger lebt (und ihm sind die reichsten Kapitel des Buches gewidmet), so entkräftet die Krankheit des Körpers dieser Seele Macht unendlich. Stürben beide schnell, so würde bald die Erlösung da sein. Aber es geschieht, daß die Fieberanfalle im Blut des Kranken auch beträchtliches Seelengift schaffen. Der junge schwindsüchtige Gelehrte wird so aufgebracht, daß er sehr Häßliches gegen seine Mutter redet und fühlt. Es wird nun erzählt, wie der Kranke in einem Nest mit heilender Luft die Gesundheit für Leib und Gemüt erwirbt. Sehr langsam. Während die Schwindsuchtskeime absterben, sieht er viele Schicksale, die sich vor ihm entfalten. Er sieht die Frau, die an einen kalten und phantasielosen Mann gefesselt ist, und die sich deshalb schwer erniedrigt, damit sie die Befriedigung der Hitze und der Phantasie empfängt. Er sieht den Mucker, der zu den Guttemplern schwört und doch an der Wein- und Schnapsnase eingehen muß. Er sieht den moralischen Idealisten, der sich an

einem hilflosen Mädchel vergehen muß. Er sieht sich selber, der ein hüften- und herzstarkes Mädchen erwerben möchte und hierbei vor dem unbesorgten und sehr muskulösen Jüngling unterliegt. Und er sieht, wie selbst der Tod dieses Jünglings ihm nicht die Liebe der nichts als Gesundheit und gute Muskeln wünschenden Frau retten kann. So kommt er zum Schluß, daß immer der Überfluß der Naturgaben des Schaden der einzelnen Kreaturen bringt. Er selbst hätte nicht die höchste Frische ersehnen sollen. Der Moralist hätte nicht den Himmel der Sittlichkeit ersehnen sondern sich mit der banalen kleinbürgerlichen Moral begnügen sollen. Der falsche Guttempler hätte mit Maß saufen und nicht die Welt mit seinem alkoholfreien Evangelium vergiften sollen. Das hysterische Weib endlich hätte sich knirschend bescheiden müssen, damit es nicht in die Erbärmlichkeit der Straßenmädchen verfällt. Der Überfluß ist Schicksal und Schuld aller Menschen, so daß sie untergehen und eingehen müssen. Graf Sylvains Rache heißt der neue Roman der Karin Michaelis /München, Langen/. Alles begibt sich da in der Provence, und die Erzählerin hat schon von Beginn ab den Vorteil, daß sie eine üppige, zu Abenteueruere leitende Landschaft andeuten kann. In diesem Blumenparadies, das noch viele Brünnelein erheitern und eine sogar zur Nacht flammende Atmosphäre, haust nun ein ältlicher Graf in einem pomposen Schloß. Es gibt an hundert Domestiken, darunter Kellermeister und einen mit Kant vertrauten Leibdiener und eine keusche Zofe, die als Hüterin der blutjungen Gräfin bestellt wurde. Ein jüngerer Vicomte, ein Verwandter des alternden Grafen Sylvain, bricht mit der sehr schönen Komtesse die Ehe. Des Grafen Rache ist ganz auserlesen. Er schließt die beiden Verbrecher in ein Gespenstergemach ein. Sie können Riegel und Türen nicht sprengen. Aber der Vicomte, das ist des Grafen schrecklichste Rache, soll gar nicht mehr in dem Lusthaus vorhanden sein. Der philosophische Diener und die keusche Zofe haben sich mit dem Herrn darüber geeinigt, daß nur die Gräfin in dem Gefängnis leben soll. Sie beide bedienen die Gräfin, aber sie sehen den Grafen nicht, obwohl er sich vor ihre Augen drängt, obwohl er sie anredet, obwohl er sie ausschilt. Der Vicomte

wird als flüchtig oder tot angesehen. Gedeckt wird auf dem Tisch des Gefängnisses nur für eine Person, für eine Person ist Essen da und Trinken, für eine Person sind Besteck und Geschirr da. Und diese Existenz beginnt sehr bald die Menschlein, die erst so jung und hurtig verliebt waren, zu martern. Die Gefangenen, die so dicht aneinandergeschlossen sind, sind keine Heroen der Selbstopferung. Besonders das Vicomtelein hat alle Schwächen, alle Selbstsucht. Begäbe sich nicht bald etwas Ungewöhnliches, so würden die Verliebten wohl bald bis zur Tollheit eines gegen das andere aufgebracht werden. Dies Unverhoffte ist die Todeskrankheit, die den eifersichtigen Grafen packt, eine Krankheit, die ihn beinahe zum Rand des Grabes führt. Der philosophische Diener und die keusche Zofe und hundert Gäste, die zu einem märchenhaften Gartenfest erschienen waren, verlieren den Kopf. Offen bleiben die Riegel und Eisenwände der Gefängnistür. Der Vicomte wittert das. Ja, er ist ein feiges, eigensüchtiges Kerlchen, und er macht sich aus dem Staub. Die Gräfin entdeckt aber, daß sie allein den Grafen auf der Welt geliebt hat. Als sie am Krankenbett des Grafen niedersinkt, weiß der Graf, daß gleiches Gefühl auch sein Schicksal sei. Dieser Schluß ist ergreifend und doch allzu dramatisch. Charakteristisch ist er für Karin Michaelis, die mit einem gewissen Geschmack, aber auch mit einer sehr peinlichen Unbesorgtheit uralte Kniffe der Spannung benutzt.

Wenn Wilhelm Speyer in kleinen Geschichten eine gebildete Dekadenz und stilistische Vorsicht zeigte, so hat er sich hurtig von solchen guten Gewohnheiten entfernt. Das fürstliche Haus Herfurth heißt sein Roman /München, Langen/, übrigens ein sehr umfangreiches Buch, das auf kleinere Bändchen folgte. Drei Generationen eines Fürstenhauses waren zu beschreiben. Da muß der Erzähler doch beinahe ein epischer Künstler sein. Speyer dachte sich sein Werk auch so als eine große, sehr verworrene Chronik. Fürstliche Menschen mit sehr starken Schicksalen erfand er sich. Nun hat er nur erfunden, nicht erfüllt. Ja, es überrascht in diesem Buch der Mangel an jeglicher Vision, es verstimmt die Kälte, die hier nicht Zeichen der Reife ist sondern nur sehr mühselig behauptete literarische Haltung.

Es ist darum alles sehr artig in diesem Buch geschrieben. Doch ist es heute für einen jungen Schriftsteller nicht viel schwieriger ein schlechtes, aber aufrichtiges Buch zu liefern als ein oberflächlich gutes? Ja, oberflächlich gut, gelungen in allem, was durch Erziehung zu erreichen war, ist Speyers Werk. Man suche nicht darinnen Spuren eines bedeutenden Temperaments. Nur viele Mühe und stilistische Strategie ist hier aufgebracht, und der Erfolg lohnt die Mühe. Die Kriminalistik fesselt oft den Leser. Aber man fragt sich: Wozu das alles? Ein Roman ist keine Folterkammer. Er ist auch kein Kino. Die schlechten Schriftsteller vergessen das. Die Besseren sollten sich doch von solcher Betriebsamkeit fernhalten.

Die Einfachheit, die gerade aufs Ziel hinstrebende Energie ist Theodor Malades beste Erzählertugend. Obwohl er pommersche Bauern beschreibt, verliert er sich nicht in malerischen Krimskrams. Er verschmäh auch die, vom Volksdialekt abhängigen, gar nicht echten sondern gewaltsam konstruierten Witzlein, die zum Beispiel Georg Engel so sehr in Mißkredit gebracht haben. Malade ist ein schlichter Mann. Er scheut sich nicht kleine Sachen zu berichten, und er ist sogar etwas eitel wegen dieser Verliebtheit in das Winzige. Tauf er doch seinen Roman Die Geschichte vom lütten Snieder /Berlin, Fleischel/. Wenn also ein Schneider ein Held wird wie hier, so ist das stets eine hübsche Überraschung. Der Leser hat die gleiche Freude wie der Gewinner eines großen Loses. Es ist freilich eine fast aufgebrauchte Fabel. Aber der Stil hat hier alles gemacht, diese Fähigkeit Malades ein Dutzend kurioser und auch banaler Menschen zu zeichnen, so daß sie höchst erbaulich wirken.

×
Neuausgaben Selbst die Philologen brauchen nicht mehr dem guten Geschmack fernzubleiben. Sie können jetzt die Shakespearebücher, ausgestattet mit wissenschaftlichem Apparat, in der Sammlung der Tempelklassiker finden. Links der englische Text, rechts der deutsche, alles nach den besten Vorlagen geordnet. Und im Anhang die wichtigsten und lehrreichsten Lesarten. Die Ausstattung der Bücher ist etwas verändert. Das helle Rot der Einbände ist zum Mattorange gedämpft. Der Rücken ist mit

goldenen Blättchen verziert; früher waren es goldene Parallelen. An Stelle des weißen Vorsatzpapiers ist ein buntes Tapetenmuster im Geschmack des 18. Jahrhunderts getreten. Das ist alles keine wesentliche Umgestaltung. Die Schlankheit des Bandes und der schöne Druck bleiben noch immer die besten Eigenschaften dieser stets willkommenen Tempelbücher.

Gustav Kiepenheuers Weimarer Verlag bereichert seine sehr guten Liebhaberbände um eine Sammlung von Gespenstergeschichten Turgenjews. Ein bekralltes Scheusal, in Schwarz auf giftgrünem Deckel, soll der Schmuck dieses originellen Bändchens sein.

Früher mußte ein Bändchen für 1 Mark mäßig gedruckt sein und auch einen mäßigen Inhalt zeigen. Jetzt bemühen sich mehrere deutsche Verleger für diesen Preis ein gutes und gleichzeitig ein hübsch ausgestattetes Buch zu liefern. Dieser Eifer der Verleger hat in Frankreich zum Beispiel die Gemüter so stark beschäftigt, daß unter den Schriftstellern eine Umfrage veranstaltet wurde, ob ihnen diese Methode angenehm sei. Denn es muß gesagt werden, daß hier sehr wichtige Momente sprechen. Die billigen Bücher sind zu meist Produktionen älterer Zeit oder Wiederauflagen schon vergessener Werke. Wenn sie nun einen wesentlichen Teil des heute gerade von heftiger Krise heimgesuchten Büchermarktes einnehmen, so muß das die Aussichten der neuschaffenden Schriftsteller schmälern. Es ist aber auch gar nicht möglich ein neues Werk zu dem Preis von 1 Franc oder 1 Mark herzustellen (Honorar an den Autor usw.). Das sind die ökonomischen Bedenken. Ästhetisch wird für die billigen Neuausgaben heute viel getan. Man sehe Langens Marktbücher, die neue hübsche Bibliothek der Erzähler. Sie bringt jetzt eben Bändchen von Ludwig Thoma, Peter Scher, Grazia Deledda, Knut Hamsun, Selma Lagerlöf neu heraus. Format und Ausstattung sind ebenso zu rühmen wie die literarisch feine Auswahl des Gebotenen.

In der Ullsteinschen Marktbibliothek sind neuerdings Geschichten von Wolzogen und von Ludwig Thoma erschienen, die man willkommen heißen wird.

Das illustrierte Büchlein ist eine Erfindung oder Wiederentdeckung des Verlegers Axel Juncker, der in seiner

Orplidbibliothek da recht Hübsches leistet. S. Fischer macht ihm das nach. Des Grafen Keyserling wohlbekannte Nouvelle Harmonie, Thomas Manns Geschichte Tonio Kröger eröffnen die Reihe von Fischers Illustrierten Büchern. Es scheint, daß Erich Simon und auch Walser hier zu weich, zu biedermeierisch illustrieren. Solches Stilisieren ist leichter, aber es ist darum nicht wertvoller als eine gesunde und moderne Zeichnung.

×

Kurze Chronik Der Begründer und Leiter der Deutschen Rundschau, die 2 Jahrzehnte lang alle deutschen Schriftsteller und Gelehrten vereinigte, Julius Rodenberg, ist gestorben. Er konnte dieses Haus der geistigen Verbrüderung erbauen, nachdem politische Ruhe geworden war für solche Friedensschöpfung. Und er mußte zu einer Zeit scheiden, da die Zerstörung dieser Ruhe schon drohte. × Viele deutsche und österreichische Dichter und Schriftsteller sind in den Krieg gezogen. Bisher sind die Namen Dehmel, Thoma, Hofmannsthal, Bloem, Ganghofer und von Molo genannt worden.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Röntgenapparate

In einer der letzten Sitzungen der Hufelandgesellschaft wurde aus den Kliniken von Bumm und Franz über Versuche berichtet bei der Krebstherapie die Radiumstrahlen durch Röntgenstrahlen zu ersetzen. Die Versuche haben deshalb so große allgemeine Bedeutung, weil es selbst unter Aufwendung größter Mittel nicht möglich ist beliebige Quantitäten von Radium zu erzeugen, während es keinerlei technische Schwierigkeiten macht Röntgenapparate in beliebiger Zahl, und so leistungsfähig man nur will, herzustellen. Die so erfolgversprechende Strahlentherapie kann also unter Verwendung von Röntgenstrahlen allgemein gemacht werden, während sie unter Benutzung von Radium nur in recht vereinzelten Fällen angewandt werden kann. Voraussetzung für diese Versuche ist natürlich die Tatsache gewesen, daß Radiumstrahlen und Röntgenstrahlen in der selben Weise biologisch wirksam sind. Bei den 3 Strahlungsarten, die das Radium aussendet, den α -, β - und γ -Strahlen, sind es im wesentlichen die γ -Strahlen, die eine unzweifelhafte thera-

peutische Wirkung gegen tiefliegenden Krebs ausüben; diese Strahlen machen aber nur zirka 1% der gesamten, vom Radium ausgesandten Strahlen aus. Ebenso wie γ -Strahlen vermögen auch gewisse Anteile der von einer Röntgenröhre ausgehenden X-Strahlen eine unzweifelhafte biologische Wirkung auf tiefer liegende Gewebe auszuüben. Es sind die sogenannten harten Röntgenstrahlen, die wesensverschieden von den gleichzeitig ausgesandten weichen Strahlen sind. Auch die weichen Röntgenstrahlen üben biologische Wirkungen aus und dazu noch weit kräftigere als die harten, aber die Wirkung der weichen Strahlen erstreckt sich nur auf die Oberfläche der Gewebe, diese fast durchweg zerstörend, während die harten Strahlen tief einzudringen vermögen und dabei in erster Linie nur auf junge Zellbildungen zerstörend einwirken. Von den gewöhnlichen Röntgenröhren werden nun aber nur zu einem ganz verschwindenden Bruchteil harte Strahlen ausgesandt; der Anteil der harten Strahlung wächst zwar mit dem Vakuum der Röntgenröhren, und da sich mit der Betriebsdauer einer Röntgenröhre deren Vakuum erhöht, weil durch die Abstäubung des Kathodenmaterials die letzten Gasreste mechanisch an den Glaswandungen und der Antikathode festgehalten werden, so wird eine ältere Röntgenröhre auch mehr harte Strahlen liefern als eine neue. Um also die für die therapeutische Wirkung auf tiefliegende Gewebe erwünschte harte Strahlung zu erhalten, wäre es nur notwendig hierzu alte Röntgenröhren zu benutzen. Dieser Ausweg ist aber leider nicht gangbar, denn bei der Überschreitung eines gewissen Vakuumgrads hört eine Röntgenröhre überhaupt auf zu funktionieren. Man mußte also andere Mittel anwenden, um wesentlich nur harte Röntgenstrahlen zu erzeugen.

Der eine Weg besteht darin, daß man von den gesamten, von einer Röntgenröhre gelieferten Strahlen die weichen herausfiltriert, so daß nur die harten zur Wirksamkeit kommen können. Dieser Weg ist mit Erfolg von Dessauer beschritten worden. Die Dessauersche Röntgenröhre hat aber den Nachteil, daß durch das Herausfiltrieren der weichen Strahlen die Gesamtsumme der harten X-Strahlen natürlich nicht erhöht wird; während es doch darauf ankommt nicht nur mit harten Strahlen überhaupt zu arbeiten sondern auch ein größeres Quantum zur Verfügung zu haben, als

es die gewöhnliche Röntgenröhre zu liefern vermag.

Ein anderer Weg ist von Amrhein eingeschlagen worden. Amrhein ist es gelungen mit seinen neuen Röntgenröhren das 10fache an harten Strahlen zu erzielen wie mit den gewöhnlichen in Krankenhäusern benutzten Röhren. Amrhein geht von der bekannten Tatsache aus, daß eine Röntgenröhre um so mehr weiche Strahlen aussendet, je heißer sie selbst und je heißer insbesondere die Antikathode ist. Es wurde bereits erwähnt, daß eine Röntgenröhre mit dem Alter an Härte zunimmt, weil ihr Vakuum durch Okklusion des Gasrestes infolge der abgestäubten Kathodenteile größer wird. Beim Aufprall der von der Kathode ausgehenden Elektronen auf die Antikathode wird diese aber stark erwärmt. Diese Erwärmung löst die an der Antikathode festgehaltenen Gasteilchen wieder los, das Vakuum in der Röhre wird geringer und damit nimmt auch der Anteil der weichen Strahlen zu. Verhindert man dagegen die Erwärmung der Antikathode, so kann sich der eben beschriebene Vorgang nicht vollziehen, das Vakuum kann sich nicht verringern, es kann sich im Gegenteil nur erhöhen, und damit wird zugleich auch die Ausbeute an harten Strahlen vermehrt. In dieser Weise verfährt Amrhein. Die Antikathode bildet den Abschluß eines die Röntgenröhre durchdringenden Rohres. Gegen die Rückwand der Antikathode wird durch dieses Rohr hindurch ein Wasserstaubnebel geschleudert. Das Wasser verdampft und entzieht hierdurch der Antikathode in wirksamster Weise Wärme. Die Antikathode bleibt kalt. Man kann dementsprechend die Amrheinsche Röntgenröhre auch erheblich stärker belasten als eine gewöhnliche, und man erzielt auf diese Weise von vornherein eine höhere Ausbeute an harten X-Strahlen.

Der dritte Weg, der von Coolidge eingeschlagen wurde, um die harte Strahlung zu erhöhen, ist dem Amrheinschen diametral entgegengesetzt. Während Amrhein die Antikathode kühlt, erwärmt Coolidge die Kathode. Um die Wirkung einer erwärmten Kathode zu erklären, muß einen Augenblick auf das Entstehen der Röntgenstrahlen eingegangen werden: Läßt man in einer hoch evakuierten Röhre elektrische Entladungen vor sich gehen, so erscheinen die Glaswände der Röhre in phosphoreszierendem Licht. Von der Kathode nämlich werden Strahlen, die sogenannten Kathoden-

strahlen, ausgesandt, die sich mit großer Geschwindigkeit geradlinig und senkrecht zur Kathodenoberfläche fortbewegen. Die Kathodenstrahlen bestehen nach den neueren Anschauungen aus den Atomen negativer Elektrizität, den sogenannten Elektronen. Treffen die Elektronen auf eine Wand, also etwa auf die Glaswand der Röhre, so wird diese leuchtend, und zugleich sendet sie Strahlen besonderer Art, die Röntgenstrahlen aus. Der Kathode einer Röntgenröhre gibt man zweckmäßig die Form eines kleinen Hohlspiegels, in dessen Brennpunkt man eine kleine Metallplatte, die Antikathode setzt. Beim Aufprall der Elektronen auf die Antikathode gehen von dieser die Röntgenstrahlen aus. Die Röntgenröhre ist, wie bereits erwähnt, stark evakuiert; der vorhandene kleine Gasrest ist aber erforderlich zum Zustandekommen des Entladungsvorgangs in der Röhre. Bei der Entladung im Vakuum wird der Gasrest ionisiert, das heißt es gehen beim Eintritt des Stroms an der Anode von den Gasmolekeln positive Elektrizitätsteile von schätzbarer Masse, die sogenannten Ionen aus; bei ihrem Aufprall auf die Kathode machen sie Elektronen frei, jene kaum noch hypothetischen Elementarbestandteile der Elektrizität. Enthält die Röhre zu viel Gas, so ist die Bewegung der Ionen und der Elektronen behindert, und es findet unter Umständen keine Elektrizitätsentladung durch die Röhre statt. Ist aber gar kein Gas in der Röhre vorhanden, so kann keine Ionisierung erfolgen, und demzufolge kommt weder eine Entladung noch eine Bildung von Röntgenstrahlen zustande. Je länger eine Röntgenröhre im Betrieb gewesen ist, und je mehr Gasmolekeln mechanisch an den Wänden der Röhre oder der Antikathode okkludiert sind, um so höhere Elektrizitätsspannungen sind aufzuwenden, um eine Entladung zu erzielen, und schließlich genügt selbst eine Spannung von 100 000 Volt nicht mehr, um eine allmählich vollkommen luftleer gewordene Röntgenröhre zum Ansprechen zu bringen.

Bei der Aufgabe, die der Röntgentechnik gestellt wurde Röhren zu erzeugen, die für therapeutische Zwecke einen möglichst hohen Anteil an harten Strahlen aufweisen, befand sich also der Elektrotechniker in einer unangenehmen Zwickmühle. Je höher er das Vakuum trieb, desto mehr vergrößerte er zwar den Anteil der Gesamtstrahlung an harten Strahlen, desto höhere Spannungen

mußte er aber auch aufwenden, um die Röntgenröhre überhaupt in Betrieb zu setzen. Er mußte also, um mit praktisch möglichen Spannungen arbeiten zu können, auf ein allzu hohes Vakuum verzichten. Damit verzichtete er aber auch zugleich auf die Erzeugung genügender Mengen harter Röntgenstrahlen, wie sie für therapeutische Zwecke benötigt werden. Das ist der Grund, weshalb in der Heilkunde bis vor kurzem die Röntgenröhre fast nur zu diagnostischen Zwecken, aber kaum zu therapeutischen Zwecken, abgesehen von der lokalen Behandlung von Hautkrankheiten, benutzt wurde. Bei der Aufnahme von Röntgenbildern, wozu sich besonders die weichen X-Strahlen eignen, wurde es hinwiederum als überaus lästig empfunden, daß die Röhren allmählich immer härter und schließlich zur Herstellung von Röntgenaufnahmen unbrauchbar wurden. Das Schlimmste aber war, daß man den Härtegrad einer Röntgenröhre nicht von vornherein bestimmen konnte sondern lediglich auf Probieren angewiesen war.

Dieser letzte Übelstand ist nun von Coolidge beseitigt worden. Mit seiner Methode ist er in der Lage sicher Röhren von sehr hohem Härtegrad zu erzeugen. Er benutzt dazu Röhren von fast absoluter Luftleere, also Röhren, die unter den gewöhnlichen Bedingungen, selbst mit Spannungen bis zu 100 000 Volt betrieben, überhaupt nicht ansprechen, weil keine Ionisierung des Gasrestes erfolgen kann. Um Röntgenstrahlen erzeugen zu können, müssen aber unbedingt freie Elektronen vorhanden sein. Hierzu benutzt Coolidge die bereits seit langem bekannte Tatsache, daß weißglühende Körper einen gleichmäßigen Strom von Elektronen aussenden, der wohl wesensgleich mit dem ausgesandten Licht ist. Indem nun Coolidge die Kathode auf Weißglut brachte, machte er sich vollkommen frei von dem Vorhandensein oder Nichtvorhandensein von Gasionen, jenem unkontrollierbaren Faktor der bisherigen Röntgenröhren. Um die Kathode erhitzen zu können, bildete Coolidge seine Röhre gewissermaßen als Glühlampe aus. Die Kathode seiner Röhre besteht aus einer kleinen Spirale aus Wolframdraht mit 2 Zuleitungen. Ein in die Spirale hineingesandter, von einer beliebigen Stromquelle herrührender Strom bringt den Draht zum Glühen, wie in einer gewöhnlichen Wolframlampe. Da man den Wolframdraht im Vakuum bis auf zirka 2200° erhitzen kann, ohne sein

Zerstäuben befürchten zu müssen, kann Coolidge einen recht beträchtlichen Elektronenstrom erzeugen, einen Strom, der ausreicht, um elektrische Entladungen selbst im fast vollkommenen Vakuum stattfinden zu lassen. Hierzu ordnet er der Wolframdrahtspirale gegenüber eine Anode, die hier gleichzeitig als Antikathode dient, aus einem Stück massiven Wolfram an. An die Anode legt er den einen Poldraht eines Induktoriums, an einen der Zuleitungsdrähte der Drahtspirale den andern Poldraht an, und beim Einschalten des Induktoriums geht die Entladung vor sich. Die von der erhitzten Drahtspirale ausgehenden Kathodenstrahlen erzeugen beim Elektronenaufprall an dem massiven Wolframstück (der Anode) Röntgenstrahlen, ohne daß eine Erhitzung der Glaswände oder ein Fluoreszieren stattfindet. Die Coolidgeöhre kann deshalb auch stundenlang in Betrieb gehalten werden, und man kann auch ohne Gefahr beliebig hohe Spannungen anwenden und dann bisher unerreichbare Intensitäten der Röntgenstrahlung erzielen.

Von besonderer Bedeutung aber ist es, daß infolge des außerordentlich hohen Vakuums Röntgenstrahlen von beliebigem und aus dem Vakuum von vornherein zu bestimmendem Härtegrad erzeugt werden können. Damit ist man in die Lage gesetzt die Röntgenstrahlen hinsichtlich ihrer Durchdringungskraft zu dosieren, was bisher weder mit Radiumpräparaten noch mit Röntgenröhren irgendeiner andern Art möglich gewesen ist.

Mit derartigen Coolidgeöhren sind in den Kliniken von Bumm und Franz die Erfolge erzielt worden, über die sie in der Hufelandgesellschaft berichtet hatten, und die die Erwartung rechtfertigen, daß auch die Krebskrankheit durch die Leistungen der Technik wird bezwungen werden können.

× **Photographie** Die versehentliche Aufnahme zweier verschiedener Gegenstände auf der gleichen Platte ist ein häufig vorkommender Fehler photographischer Anfänger. Weiß man jedoch, daß sich auf einer und der selben Platte 2 verschiedene Aufnahmen befinden, so kann man unter Umständen wenigstens die eine Aufnahme retten. Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß die eine der beiden Aufnahmen eine sehr kurze Momentaufnahme ist, während die andere Aufnahme sehr reichlich belichtet sein muß. Man kann dann bei der Ent-

wicklung der Platte das Erscheinen der kurzen Momentaufnahme verhindern. P. Mercier benutzt hierzu einen Hydrochionentwickeler von folgender Zusammensetzung: Hydrochinon 4 Gramm, Soda 50, Natriumsulfit 50, Bromkalium 1,5, Eosin 0,05 Gramm, Wasser 1000 Kubikzentimeter. Die Entwicklung beansprucht mit diesem Entwickler etwa 2½ Stunden. Es entstehen hierbei Negative von hellgrauer, wenig aktinischer Färbung, die aber trotzdem gut kopieren. Von der 1. Aufnahme, die sich auf der gleichen Platte befindet, ist auf den Bildern nicht eine Spur zu sehen.

Eine wesentliche Verbesserung der K i n e m a t o g r a p h i e stellt die kinematographische Aufnahme und Reproduktion von Rundpanoramen dar, über die Dr. Hans Goerz in der Zeitschrift Film und Lichtbild berichtet hat. Die kinematographische Aufnahme und Reproduktion von heute sind Bilder respektive Bildausschnitte in beschränktem Rahmen. Volle Illusion des Dabeiseins bei einem Ereignis, der Anwesenheit in einer bestimmten Gegend ist durch die Kinematographie von heute nicht zu ermöglichen; sie ist aber offenbar das letzte Ziel der Kinematographie. Also Panoramakinematographie. Erreicht wird das Ziel durch einen unter der Nummer 240 020 patentierten Apparat, der im Prinzip von verblüffender Einfachheit ist. Den Ausgang des Apparats bildet eine Panoramakamera, bei der der ganze Apparat auf einem Stativ rotiert, während in seinem Innern ein Film in entsprechender Bewegung an einem Spalt vorbeigeführt wird. Dreht sich der Apparat einmal um 360°, so wird auf dem Filmband das ganze Panorama abgebildet, und man erhält so ein vollständiges Rundpanorama. Rotiert dann die Kamera mit einer Tourenzahl weiter, die der Bildwechsellzahl eines Kinematographen entspricht (etwa 15 in der Sekunde), so erhält man ein Bild, das anscheinend mit einem Kinematographenbild noch nicht das geringste zu tun hat; es besteht aus nichts weiter als aus einer immer wiederkehrenden Abwicklung des gleichen Panoramas; bei näherem Zusehen aber erkennt man, daß alle sich bewegenden Objekte auf den einzelnen Teilbildern verschiedene Stellungen einnehmen, genau so wie bei sonstigen kinematographischen Aufnahmen. Zur Projektion des Bildes ist eine große, vollkommen zylindrische Fläche erforderlich, in deren Mittelpunkt ein dem Aufnahmeapparat ganz ähnlich gebauter Aufstel-

lung findet. Mit Hilfe einer starken Lichtquelle wird das Bild an die Wand geworfen. Dreht sich der Projektionsapparat langsam um seine senkrechte Achse, so wird nach und nach an jeder Stelle der zylindrischen Wand ein schmales, streifenförmiges Bild entstehen, das jedem Punkt der ursprünglichen Aufnahme entspricht. Der aufgenommene Raum wird so in eine zeitliche Aufeinanderfolge der neben einander befindlichen Raumteile zerlegt. Infolge der Nachwirkung von Lichteindrücken in unserm Auge wird dieses zeitliche Nacheinander aber wieder in ein Nebeneinander zurückverwandelt, wenn der Projektionsapparat mit großer Geschwindigkeit rotiert. Da nun aber während der Rotation des Apparats zugleich auch das Filmband im Innern bewegt wird, so passiert bei jeder Umdrehung ein neues Bild den Spalt; und da die einzelnen Bildstücke nicht mit einander identisch sind sondern verschiedene Bewegungsphasen darstellen, so resultiert ein kinematographisches Rundbild mit natürlicher Bewegung der sich in der Natur bewegendem Gegenstände, während die unbewegten Objekte festzustehen scheinen. Das Kinorundbild ist so imstande seinen Besucher mitten in eine Begebenheit hineinzusetzen. Er schaut nicht eine Aufeinanderfolge von *Bildern*, sondern er hat die Illusion der aktiven Teilnahme inmitten einer Rennbahn, eines Sportplatzes, eines Volksfestes usw. Das hier kurz skizzierte Verfahren ist übrigens in seinen Grundzügen bereits praktisch mit gutem Erfolg erprobt und hat sicherlich eine Zukunft.

× **Lichtsignale** Die neuen Metallfadenlampen gestatten es recht beträchtliche Lichtstärken schon mit sehr niedrigen Spannungen und Stromstärken zu erzeugen. Man kann so, besonders wenn es sich nur um vorübergehende Lichterzeugung handelt, mit Vorteil die bekannten Trockenbatterien benutzen, wie das bei den Hebetaschenlampen geschieht. Eine Kombination von lichtstarker Metallfadenlampe mit Trockenbatterie wird neuerdings mit Erfolg für militärische Signalzwecke benutzt. Die Konstruktion ist sehr einfach und zweckmäßig: Auf einem gewöhnlichen Feldstecher ist eine mit Linse und Reflektor versehene Metallfadenlampe montiert, die von einer in einer Umhängetasche mitgeführten Trockenbatterie gespeist wird. Diese Lampe sendet ein enges, fast paralleles

Strahlenbündel aus, das bei günstigen Verhältnissen noch in 10 Kilometer Entfernung wahrgenommen werden kann, wenn sich der Beobachter gerade in der Richtung des Strahlenbündels befindet. Durch intermittierendes Ein- und Ausschalten der Glühlampe können dann leicht Zeichen in der Kombination des Morsealphabets, also Signale gegeben werden. Eine mit diesem Signalgerät ausgerüstete Patrouille beispielsweise wird mit Hilfe des Feldstechers nach der Stelle visieren, wo sich die Wache oder der Kommandierende befindet, und kann dann leicht ihre Beobachtungen nach dieser Stelle signalisieren. Befindet sich an der Postierungsstelle der Wache usw. ein Mann, der mit einem ganz gleichen Apparat ausgestattet ist, so können mühelos Befehle und Nachrichten auf sehr große Entfernungen übermittelt und bestätigt werden.

× **Kurze Chronik** Die Anwendbarkeit großer Hebe- und Gießmagnete in der Gießerei wird durch die Arbeiten bewiesen, die man bei der Ohio Steel Foundry Company in Lima (Ohio) mit einem von der Toledo Bridge and Crane Company gebauten Magneten von 1600 Millimeter Durchmesser ausführt. Man benutzt dort den Magneten hauptsächlich dazu, um die heißen rohen Gußstücke aus den Sandformen auszuheben und dann an die Stelle zu befördern, wo sie gereinigt werden. In einem Fall hat man auf diese Weise einen Lokomotivrahmenträger von rund 4,2 Tonnen Gewicht aus Vanadiumstahl, in einem andern Fall eine 13,6 Tonnen schwere Kurbelscheibe für eine große Gasmaschine mit gutem Erfolg befördert. × Der Nationalverein der italienischen Eisenbahningenieure zu Rom hat einen internationalen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für Einrichtungen ausgeschrieben, mit denen bei Einführung einer selbsttätigen Kuppelung der Eisenbahnwagen auch die Rohrleitungen für Heizung und Bremsung gekuppelt werden können, ohne daß die Rangierer zwischen die Puffer zu treten brauchen. Als Preise sind festgesetzt: ein Preis von 5000 Lire nebst goldener Denkmünze für eine selbsttätige Vorrichtung und ein solcher von 3000 Lire nebst goldener Denkmünze für eine nicht selbsttätige Vorrichtung. Die näheren Bedingungen des Wettbewerbs sind bei der Geschäftsstelle des Vereins für Eisenbahnkunde, Wilhelm St. 92-93, Berlin W. 66, zu haben.

Kolonisation / Herman Kranold

Englische Kolonialgeschichte Ein tiefgehendes historisches Werk über die britische Kolonialpolitik hat

George Louis Beer geschrieben (*The Old Colonial System* /New York, Macmillan/). Der 1. Teil, der in 2 Bänden jetzt vorliegt, hat die Zeit von 1660 bis 1688 zum Gegenstand, also die Jahre des zweiten Stuartregiments, und schildert die Entstehung dessen, was Beer das alte System nennt. Und zwar befaßt er sich hauptsächlich mit der kolonialen Handelspolitik der Engländer. Dieses System ging darauf aus durch zoll- und steuerpolitische Maßnahmen und durch polizeiliche Vorkehrungen zu erzwingen, daß die Produkte, die in den britischen Kolonialgebieten hervorgebracht wurden, allein dem englischen Mutterland (sogar mit Ausschluß Schottlands und Irlands, denn das eine galt als fremdes Land mit zufälliger Personalunion der Herrscher, das andere als Kolonie) zugute kommen sollten.

Ein autarkisches Imperium zusammenzuschweißen war die Idee, und dementsprechend wurden auch die einzelnen Teile des britischen Kolonialreichs gewertet; deshalb pflegte die englische Regierung mit unermüdlicher Sorge und unter vielen Geldopfern die zuckerproduzierenden westindischen Kolonien und diejenigen unter den festländischen, die Tabak lieferten, ebenso Neufundland, das der britischen Marine geschulte Seeleute stellte, während man die anderen amerikanischen festländischen Gebiete, die durch irgendeinen Zufall erworben waren, lediglich aus Sorge für das politische Prestige und aus strategischen Rücksichten behielt und zu entwickeln suchte; denn England, das damals ein Agrar- und Ausfuhrland war, bedurfte der agrarischen Produkte dieser Gebiete nicht. Dieses System zog direkt eine gewisse Expansion nach sich. Als Arbeiter in den tropischen Gebieten (Barbados, Jamaika usw.) brauchte man wegen der klimatischen Verhältnisse Neger; in deren Bezug aber von dem holländischen und portugiesischen Sklavenhandel abhängig zu sein hatte besonders in den damals sehr häufigen und langen Kriegzeiten seine schweren Nachteile; deshalb wurde unter Beteiligung des Königs und vieler Adliger die *British West African Company* begründet, die sich mit der Versorgung der westindischen Inseln in englischem Besitz mit Sklaven befaßte. Diese Notwendigkeit führte sogar zu einer gewissen Inkonsistenz im System:

Der englische Sklavenbedarf war schließlich damals nicht groß genug, um durch die Höhe des Umsatzes den Kapitalisten der *Company* das Geschäft lohnend genug erscheinen zu lassen. Sie strebten deshalb nach einer Erweiterung ihres Sklavenhandels durch Einbeziehung spanischer, dänischer, niederländischer und portugiesischer Tropengebiete in ihren Abnehmerkreis. Die aber war nur gegen Zollerleichterungen und Handelserlaubnisse für diese fremden Gebiete zu erlangen. Im allgemeinen sind indessen direkte Durchbrechungen des Systems nicht vorgekommen; doch wurde in von Zeit zu Zeit schwankendem Umfang der unerlaubte Handel mit dem Ausland von den Kolonialbehörden stillschweigend geduldet, wobei allerdings die zentralen Instanzen in London stets ihr Möglichstes taten, um diese Extratouren der Lokalbehörden zu verhüten.

Am Ende der Periode, über die Beer in seinen ersten beiden Bänden berichtet, stand eine entschiedene Expansion der englischen Kolonialmacht bevor. Die folgenden Bände, die die Zeit nach der glorreichen Revolution bis zum Jahr 1754 behandeln werden, können dem Autor Gelegenheit geben den Endwert dieses Protektionismus zu erörtern. Dieser 1. Teil des schön ausgestatteten Werkes hält sich von solchen Urteilen noch ziemlich fern. Er ist trotzdem voll von Lehren für die Gegenwart und kann als eine hervorragend gute und nützliche historische Leistung nur der eingehendsten Beachtung empfohlen werden. Er läßt mit einer gewissen Spannung die weiteren erwarten.

×

China

Die Beziehungen zwischen Deutschland und China behandelt der Hamburger Kaufmann J. Kähler (*Deutschland und China* /München, Callwey/). Diese Schrift informiert gut über die gegenwärtige Lage Chinas, über seine wirtschaftlichen Grundlagen. Von seinen Betrachtungen über die Rolle der Deutschen in China ist hervorzuheben, daß die Deutschen zwar einen außerordentlich großen Anteil an den im Handel tätigen Europäern in China stellen, daß aber der Anteil deutscher Waren an der Einfuhr verschwindend sei. Das kommt nach Kähler daher, daß China gegenwärtig eigentlich nur minderwertige Produkte vom Ausland zu beziehen bedarf hat, in denen die deutsche Industrie nicht konkurrieren kann, oder aber solche, die infolge natürlicher Ursachen

in Deutschland sich nicht herstellen lassen. Mit der fortschreitenden Kultur Chinas ist aber auch in dieser Hinsicht eine Änderung zu erwarten.

Der Direktor des Deutsch-Chinesischen Seezollamts in Kiautschu E. Ohlmer gibt einen Überblick über Tsingtau, seinen Handel und sein Zollsystem /Hamburg, Friederichsen/. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die deutsch-chinesische Zollgemeinschaft sich ganz ausgezeichnet bewährt habe, und daß beide Teile mit den Ergebnissen recht zufrieden sein können.

Über die Entwicklung des deutschen Pachtgebiets in China selbst finden wir ausführlichere, anschauliche Daten in Georg Schweitzers Buch China im neuen Gewand /Berlin, Siegismund/. Schweitzer weiß gut zu erzählen, er hat viel gesehen und hat Urteil. So scheinen mir seine Ergebnisse recht bemerkenswert. Sie lassen sich etwa folgendermaßen zusammenfassen: China ist nicht in Auflösung begriffen sondern steht, vor allem durch das Verdienst Yüanschikais, im Zeichen einer nationalen Wiedergeburt, die der deutschen wirtschaftlichen Expansion nur zustatten kommen kann. Yüanschikai arbeitet auf eine straffe Zentralisierung hin; er will das bisherige Provinzialsystem, das China zu dem Haufen von disiecta membra machte, beseitigen und an seine Stelle dem Kriegsminister unmittelbar unterstellte Militärbezirke setzen. Der Radikalismus der Kuomingpartei hat mit Recht seine Vertretung verloren; er hat nur geschadet. Wir Deutsche können die chinesische Freundschaft gut gebrauchen, und sie uns auch leicht erhalten. Im übrigen muß die diplomatische und konsularische Vertretung Deutschlands in China nicht nur vermehrt sondern auch verbessert werden. Sah Schweitzer eigentlich nur den Norden Chinas, so erzählt Erich von Salzmänn in seinem Buch Aus Jungchina /Tientsin, Tageblatt für Nordchina/ von einer Reise durch den Süden. Auf Grund dessen, was er gesehen hat, kommt er zu einem sehr viel pessimistischem Urteil als Schweitzer. Die Verwahrlosung der Truppen, die Unabhängigkeitstendenzen der Südchinesen, die unzeitlichen Verkehrsverhältnisse: das alles läßt ihn nur Schlimmes erwarten. Beide Autoren stimmen aber in der Meinung überein, daß das Nötigste der schnelle und reichliche Ausbau des chinesischen Bahnnetzes sei, der ja in den letzten Monaten durch Erteilung

einer ganzen Anzahl von Konzessionen in ein Stadium etwas schleunigerer Entwicklung getreten ist.

Das ist für die militärische Beherrschung des chinesischen Reiches von dem ganz exzentrisch im Norden gelegenen Peking aus nötig; es ist aber ebenso nötig für die Aufschließung der ungeheuren Bodenschätze Chinas. Über deren Umfang, Lage und Verteilung macht die Schrift Die Bergbauverhältnisse in China von Thomas Read /Kattowitz, Phönixverlag/ nähere Mitteilungen. Gute Kartogramme veranschaulichen die Aufzählungen des Textes.

×
Kongo

×
Aus mancherlei Gründen steht der belgische Kongo gegenwärtig wieder im Mittelpunkt der kolonialisatorischen Interessen. Vor allem hat die schon von Quessel hier in der Rubrik Politik (in diesem Band, pag. 631 f.) besprochene Schrift des belgischen Ingenieurs Jules Gernaert Congophilie /Brüssel, Lamberty/, die in temperamentvollen Ausrufen den Verkauf des nördlich vom Kongo gelegenen Teils der Kolonie an das Deutsche Reich propagiert, Aufsehen gemacht. Aber auch sonst (und in manchem wichtiger) beschäftigte man sich mit dem Riesenreich, das trotz aller Bemühungen Leopolds II., als es dem belgischen Staat zufiel, doch noch fast ganz unerschlossen war.

Das 4. und das 5. Beiheft zum Tropenpflanzer 1914 sind von einer großen Arbeit Dr. Hermann Büchels Die Erschließung des belgischen Kongos ausgefüllt. Der Verfasser gibt alles, was zu seinem Thema aus der Vergangenheit zu sagen ist, ausführlich an, schildert Bodenverhältnisse, Klima, Mineralschätze, Wasserversorgung, Verkehrswege und zeigt im einzelnen, worauf es in Zukunft ankommt, wenn eine beschleunigte Entwicklung dies Riesenland der Kultur nutzbar machen soll. Nämlich in erster Linie auf billige Verkehrsverbindungen, vor allem auf die Herabsetzung der Eisenbahnfrachtsätze auf einen Bruchteil der bisherigen Höhe, sodann auf die Schaffung gut gelegter und leistungsfähiger Schienenwege und den Ausbau des großen Netzes an natürlichen Wasserstraßen.

Eine vortreffliche Ergänzung zu dieser ausgezeichneten Arbeit ist Charles de Lannoys, Professor der Rechte in Gent, Lehrbuch L'organisation coloniale belge /Brüssel, Lamertin/. Diese Arbeit ist der erste Versuch einer systematischen

Darstellung der infolge der vielbewegten Vergangenheit sehr verworrenen Rechtsverhältnisse der Kolonie. Sie ist aber nicht rein deskriptiv gehalten sondern durchaus mit kritischem Geist durchsetzt und gibt viel zu denken.

Die letzte (und beste) der heute anzuzeigenden Schriften über den belgischen Kongo beschäftigt sich nur mit einem Teilgebiet. Im Auftrag des Instituts Solvay hat A. Hock eine Reise in das Haut-Katanga, den südöstlichen, mineralreichen Zipfel der Kolonie, gemacht, und er berichtet nun, ausführlich und unter Beigabe vieler Illustrationen, über die landwirtschaftlichen Verhältnisse des Gebiets (Missions dans le Katanga II: L'agriculture au Katanga, possibilités et réalités /Brüssel, Misch & Thron/). Er kommt bei seinen Betrachtungen zu recht pessimistischen Ergebnissen: Das ungünstige Klima, der relativ arme Boden, die Seltenheit schwarzer Arbeit, die Verbreitung von Trypanosomiasis des Rindes und Piroplasmose des Pferdes lassen im Verein mit der drohenden überlegenen Konkurrenz der rhodesischen Landwirtschaft vor gründlicher Sanierung des ganzen Gebiets die Agrikultur (mag sie nun im Kleinen oder im Großen betrieben werden), außer etwa in der nächsten Umgebung der Industriezentren und vielleicht noch längs der Bahnliesen, wenig aussichtsreich erscheinen. Nur großer staatlicher Aufwand und ganz langsames, zähes Vorgehen können die Aussichten allmählich günstiger gestalten. Aus den liebevoll in die Details eingehenden Erörterungen ist bemerkenswert: Die Verwendung von Maschinen ist an die Gegenden genügender Wasservorräte gebunden, die sehr selten sind. Aber auch da ist wegen des Arbeitermangels wenig zu machen. Durch die jährlich wiederkehrenden Brände der Grasnarbe wird in den größten Teilen des Landes der Boden der Bakterien, deren er wegen der schnellen Aus- und Abschwemmung des Bodens durch die tropischen Regengüsse bedarf, beraubt. Wo die Bakterien diesem Schicksal entgehen, versäuern sie leicht den sehr kalkarmen Boden. Zu alledem kommt für die Beurteilung der Betätigung des europäischen Kapitals, daß alle irgendwie guten Böden (im Alluvialgebiet der großen Flüsse) in den Händen der Eingeborenen sind.

Vor allem ist wichtig, daß der Bedarf an landwirtschaftlichen Produkten im Haut-Katanga bei der geringen Bevöl-

kerungszahl vorläufig noch ganz minimal ist, so gering, daß mit dem Produkt von 5000 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche der ganze Bedarf an Mais und Sorghumhirse, den Hauptnahrungsmitteln, gedeckt werden kann. An Ausfuhr aber ist bei den Entfernungen und zumal bei den gegenwärtigen Transportpreisen gar nicht zu denken.

Gegenwärtig kolonisiert der belgische Staat das Land mit Bauern. Über den Wert des von ihm angewandten Systems urteilt Hock folgendermaßen: »Es handelt sich nicht um eine Konzentrierung einander benachbarter Farmen auf urbar gemachtem Boden, ohne Abreißen der Kontinuität der Ansiedlungen, sondern um ein einfaches Ausstreuen von Farmern in den Busch, mitten in ein Tsetsegebiet.«

Bei alledem kann man sagen, daß die Bedeutung des Haut-Katanga, sehr im Gegensatz zu anderen Teilen des belgischen Kongos, für absehbare Zeiten in erster Linie im Bergbau liegt.

× Kurze Chronik Ratschläge für angehende Farmer in Deutsch Südwestafrika erteilt Raimund Freiherr von Gleichen, genannt von Rußwurm /Berlin, D. Reimer/ in einer glänzend gedruckten und illustrierten Broschüre. Die Zusammenstellung des Inhalts ist geschickt. × In Deutsch Ostafrika stieg die Ausfuhr von Sisalhanf (Faser einer Agave) von 7500 Kilo im Wert von zirka 3000 Mark im Jahr 1900 auf fast 21 Millionen Kilo im Wert von fast 11 Millionen Mark im Jahr 1913. Am Kilimandscharo und am Meruberg hat sich die Kultur von Oliven besonders günstig angelassen. × Zur Bekämpfung der Wurmkrankheit, an der in manchen Gegenden jeder Eingeborene leiden soll, und der Frambösie (mit Salvarsan) sollen jetzt 2 Ärzte mit 2 Heilgehilfen dauernd das Schutzgebiet Neuguinea bereisen. × Im Auftrag eines Ölpalmeninteressenten haben die Ingenieure Wall und de Longueville die Kongofälle zwischen Matadi und dem Stanleypool, die gegenwärtig durch eine allen Betrieb enorm verteuern Eisenbahn umgangen werden müssen, auf ihre Schiffbarmachung untersucht. Nach ihrem Gutachten würde das Unternehmen etwa 80 Millionen Mark kosten, also wohl für absehbare Zeit unausführbar sein. × In Argentinien weicht die Schafzucht vor dem vordringenden

intensivern Ackerbau langsam zurück (Wollausfuhr 1909 251 000, 1913 192 000 Tonnen). In Australien reduzieren wiederkehrende Trockenperioden und die Zunahme der Fleischschafzucht den Bestand an Wollschafen; auch das systematische Aufsuchen von Wasserstellen hilft da nicht viel. Ebenso ist in den Vereinigten Staaten von Amerika (trotz höhern Wollschutzzolls bis 1912 inklusive) die Wollgewinnung im Rückgang begriffen. Eine Tendenz zum Steigen ist nur in Südafrika zu bemerken. Das Wollschaf ist eben der erste agrarische Kulturpionier, aber »das Schaf weicht der Kultur« (Roscher). × Eines der Hauptherkunftsländer für Jute ist Britisch Indien. Die jährliche Ausfuhr von Jute stieg von 375 Millionen Kilo in 1879-1880 bis 1883-1884 auf 875 in 1912-1913, also, 1879-1880 bis 1883-1884 = 100 gesetzt, auf 233. In bedeutend höhern Maß aber stieg die industrielle Verarbeitung von Jute in Indien selbst; es gab dort 1879-1880 bis 1883-1884 88 000 Spindeln (= 100), produziert wurden Jutesäcke im gleichen Jahr 54,9 Millionen Stück (= 100), 4,4 Millionen Yards Jutegewebe (= 100); im Jahr 1912-1913 waren die entsprechenden Größen: Spindeln 7 087 000 (= 805), Jutesäcke 311,7 Millionen Stück (= 568), Jutegewebe 1021,8 Millionen Yards (= 23 223). Diese Zahlen lassen vermuten, daß Britisch Indien seine Rolle als Juteausfuhrland ziemlich bald ausgespielt haben wird. × Die Kautschukausfuhr in den britischen Malaienstaaten machte 1906 430 Tons, 1913 35 334 Tons aus; Bolivien führte aus: 1908 1818, 1912 4079 Tons. Im Tempo der Produktionssteigerung dieser Länder ist die Kautschukproduktion in fast allen in Frage kommenden Ländern gestiegen. × In Kakaohatte Ecuador im Jahr 1913 eine Rekord-ernte, nämlich 859 166 spanische Zentner (zu 46 Kilo) gegen 806 406 spanische Zentner im Jahr 1911, dem bisherigen Höchstjahr; die Kakaernte der Goldküste belief sich 1913 auf 113 Millionen englische Pfund gegen 50 Millionen im Jahr 1910.

×
Literatur Der Konferenzbericht Nationalities and Subject Races /London, King/ gibt die Beschwerden und Klagen unterdrückter Völker, der Inder, Perser, Georgier, Ägypter, Marokkaner und anderer, wieder. Doch blieb man bei dem Erzählen nicht stehen sondern be-

riet auch über die verschiedenen Formen der Sklaverei, erzwungener und Kontraktarbeit und sagte Bemerkenswertes über etwaige Abhilfsmaßregeln. Der Meinung der Konferenz gab wohl am besten Gilbert K. Chesterton, der feine Stilist, Ausdruck, wenn er etwa sagte, daß sich alles auf zwei Möglichkeiten zurückführen ließe: entweder die unterworfenen Völker sich selbst zu überlassen oder aber sie zu zivilisieren, das heiße sie zu demokratisieren. Mit dieser Stellung des Problems kann wohl auch der Sozialist einverstanden sein. Nur wird er nicht, wie Chesterton, in der Lage sein die Entscheidung offen zu lassen, sondern er wird, als Vertreter der Interessen der europäischen Industriearbeiter, die zweite Lösung als die allein noch mögliche betrachten, weil die erste einem Selbstmord gleichkäme. Den aber kann man von dem Gerechtigkeitsgefühl keiner Nation zugunsten einer andern verlangen. × Der Redakteur der Deutschen Kolonialzeitung und der Kolonialen Monatsblätter Hubert Henoch hat in einem handlichen Kompendium die Kolonialliteratur des Jahres 1912 zusammengestellt /Berlin, Deutsche Kolonialgesellschaft/. Das gut eingerichtete Verzeichnis kann als vollständig gelten, es wird besonders dem wissenschaftlichen Publizisten über Kolonisation bei seiner Arbeit treffliche Dienste tun. Hoffentlich erscheint bald der Jahrgang 1913. × Ebenso verdienstliches Material bietet die Statistique des finances des colonies françaises pour les années 1900 à 1909 /Melun, Imprimerie administrative/, die unter der Leitung des französischen Kolonialministers Morel in einem dicken Band publiziert wurde. Die Anordnung der Tabellen wird in ihrer Geschicklichkeit jedem Statistiker Freude machen. × Über die Tätigkeit des Palästinaamts in Jaffa erstattete sein Leiter, Dr. Arthur Ruppin, dem 11. Zionistenkongreß einen Bericht, der jetzt auch als Broschüre vorliegt (Zionistische Kolonisationspolitik /Berlin, Jüdischer Verlag/). × Das Annuaire statistique de l'Egypte 1913 /Kairo, Imprimerie Nationale/ ist eine hervorragende Quelle für die Beurteilung der wirtschaftlichen Wichtigkeit Ägyptens und gibt für seine weltwirtschaftliche Rolle in der Zukunft viele wertvolle Fingerzeige. Der Ausstattung nach könnte manches deutsche Werk sich die übersichtliche Anordnung der Tabellen zum Muster nehmen. Vor allem ist nicht, wie in

solchen Büchern sonst leider nicht selten, zungunsten der schnellen Orientierung mit dem Raum gepart worden. × Ein guter Ratgeber ist J. Charles Ryans Werkchen Health Preservation in West Africa /London, Bale/, zu dem der berühmte Nobelpreisträger und Tropenhygieniker Sir Ronald Ross ein empfehlendes Vorwort geschrieben hat. × Über Kanada liegen zwei gute einführende Schriften vor. Zunächst ein englisches Lesebuch Canada /Frankfurt, Diesterweg/, von Louis Hamilton herausgegeben und bestimmt eine größere Reihe British Empire Readers zu eröffnen. Es enthält als Einleitung eine überflüssige Erörterung, warum Kanada sich später wirtschaftlich entwickelt habe als die Vereinigten Staaten, ohne daß es eigentlich etwas darüber zu sagen wüßte, und dann eine interessante Landeskunde und einen Abriß der kanadischen Geschichte, der natürlich auch kurz und knapp, aber doch recht gut ist. Bedeutend umfangreicher und mit vielen, zum Teil sehr instruktiven Bildern geziert ist das Jahrbuch Canada To-Day /London, Simpkin/, dessen Jahrgang 1913 eine Fülle lose an einander gereihten statistischen, chronikalischen und landeskundlichen Materials bringt. Zum schnellen Nachschlagen scheint es sehr bequem. × Als 6. Band der Volkswirtschaftlichen Reiseführer des Handelsvertragsvereins erschien Dr. Christian Grothewolds Wegweiser durch die Wirtschaftsverhältnisse der La Plata-Länder /Berlin, Weltreiseverlag/. Er kann dem, der sich mit den Wirtschaftsverhältnissen von Uruguay, Argentinien, Paraguay vertraut machen will, als erste Einführung recht nützlich sein. × Die Schrift Australasia, bearbeitet für das Visual Instruction Committee of the Colonial Office von A. J. Sargent /London, Philip/ stellt ein Handbuch für Propagandaabende des englischen Kolonialamts dar, ist als Begleittext zu während der Verlesung vorzuführenden Lichtbildern gedacht, ist aber infolge seiner geschickten Abfassung und seiner Ausstattung mit vielen gut ausgewählten und leidlich reproduzierten Bildern auch für die Lektüre als erste Einführung in das Problem Australasien geeignet. In der Darstellung kommt allerdings zugunsten des gemüthlichen Erzählertons die wirtschaftliche Seite der Kolonien arg zu kurz; besonders fehlt es an orientierenden

Zahlenangaben, so daß das Interesse gar zu leicht nur an das Anekdotische gefesselt wird. Der Grundgedanke aber ist ausgezeichnet und verdient Nachahmung. × In einer Abhandlungsreihe Das Auswandererproblem, die der Caritasverband für das katholische Deutschland in Freiburg im Breisgau verlegt, erschien als 6. Heft eine Darstellung Das katholische Deutschtum in Afrika. Verfasser ist der Professor Dr. Werle. Da es an tatsächlichen Unterlagen über das katholische Deutschtum vielfach fehlte (einzelne Gebiete ausgenommen), so beschränkt sich die Darstellung auf die Missionen. Von den sehr verschiedenartig interessanten Abbildungen ist imponierend die der riesigen katholischen Herz Jesu-Kirche in Lome. × Der frühere Missionar Th. Nitschmann gibt einen Beitrag zur Rassenfrage in Südafrika unter dem Titel Zum Rassenkampf in Südafrika /Herrnhut, Missionsbuchhandlung/. Er warnt besonders vor der Unterschätzung der sogenannten äthiopischen Bewegung und widmet eine längere Darstellung der Tätigkeit der Missionen, deren gerade in Südafrika stets humanes Wirken von den Eingeborenen noch jetzt vielfach äußerst mißtrauisch betrachtet wird, zum Teil infolge ganz verfehlter Gesetzgebung. Die Lösung der Schwierigkeiten erwartet Nitschmann in erster Linie von der Errichtung einer Farbigenkirche, auf die nach seiner Meinung die Missionen hinarbeiten sollten. × Ein monumentales, verschwenderisch ausgestattetes Druckwerk stellt der Bericht der Herren Labroy und Cayla an das brasilianische Ministerium für Landwirtschaft, Industrie und Handel Culture et exploitation du caoutchouc au Brésil /Paris, Escriptorio de Informaçoões do Brazil/ dar. Nach einer Darstellung des plötzlichen Anschwellens der Kautschukproduktion der Welt in den letzten Jahren bespricht die Schrift ganz ausführlich, mit großer Sachkunde und klarer Darstellung, mit vielen gut erläuternden Illustrationen bis ins kleinste Detail die primitiven und höheren Methoden der Kautschukgewinnung in Brasilien. Auch die Kulturmethoden und die Verarbeitung des Rohprodukts werden in eingehender Weise kritisch dargestellt. Man legt das Buch um viele Kenntnisse bereichert wieder aus der Hand.